

Kaukasische Post

Ercheint jeden Sonntag.

Preis der Einzelnummer in Tiflis 10 Kop., auswärts 12 Kop.

Bezugspreis in Tiflis: 5 Rub. jährl., 2 Rub. 50 Kop. halbjährl., 1 Rub. 25 Kop. vierteljährl. Mit Zustellung durch die Post: 6 Rub. jährl., 3 Rub. halbjährl., 1 Rub. 50 Kop. vierteljährl.

Anzeigen: Die dreigespaltene Zeile oder deren Raum kostet: vor dem Text 20 Kop. hinter demselben, d. h. im Anzeigenteile 10 Kop. Bei Wiederholung wird Rabatt gewährt.

Annahme von Bezugsgeldern u. Anzeigen: Tiflis, in der Redaktion.

- Von Bezugsgeldern außerdem:
1. v. Bobileff, Lampenhandlung am Alexandergarten.
 2. Nuffermannsche Niederlage, bei Herrn Schröder Sandstraße.
 3. Im Deutschen Verein.

Die Redaktion befindet sich Golowinsky Prosp.

№ 12, Haus Mdivani, im Hofe.

Sprechstunde der Redaktion täglich von 6—7 Abends.

Annahme von Bezugsgeldern und Anzeigen:

Bladifawlas, bei Frau Elisabeth Seibel, Apothekerwarenhandlung d. Herrn G. Seibel.
Baku, bei Herrn Karl Mader.

№ 19.

Sonntag den 22. Oktober (4. November) 1906.

1. Jahrgang.

Inhalt. 1. Von der Redaktion; 2. Politische Rundschau (Inland, Ausland); 3. Nachrichten aus dem Kaukasus; 4. Die deutsche Volksschule; 5. Aufruf an die Deutschen Südrusslands; 6. Aus dem Leben der evangelischen Gemeinden Nordkaukasiens; 7. Volkswirtschaftslehre, ihre Entwicklung und Entstehung; 8. Literatur und Kunst.—Das Haide-dorf (3. Fortsetzung); 9. Aus aller Welt; 10. Kirchliche Nachrichten; 11. Lustige Ecke; 12. Briefkasten.

Der Bezugspreis der
„Kaukasischen Post“

beträgt in Tiflis

für 1 Monat R. — K. 50. || für 6 Monate R. 2 K. 50.
" 2 " " 1 " — || " 12 " " 5 " —
" 3 " " 1 " 25. || " 12 " " 5 " —

Auswärtige zahlen außerdem für jedes Vierteljahr 25 Kopfen Postporto.

KLINIK für Zahn- und Mundkrankheiten

bei der zahnärztlichen Schule

der Doctoren Nestonow und Sifelew.

Tiflis, Michailowsky Prosp., 126, Ecke der Krylowskaja.

Empfang der Kranken täglich von 9—3 Uhr, Sonntags von 9—12 Uhr.
Konsultation und Zahnziehen 20 Kop. Plomben von 50 Kop. bis 1 Rub.
Künstliche Zähne auf Kautschukplatten 1 Rub. pro Zahn. Andere Operationen nach Uebereinkunft. 40—8

Dr. Leon Ogandschanoff

(spricht auch deutsch).

Spezial-Arzt für Syphilis, Harn-, Blase-, Haut- und venerische Krankheiten.

Sprechst. Vorm. 9—11; Nachm. 6—8. Sprechst. für Damen u. Kinder 11—12
Rabatten-Str. 2. (Ecke des Golowinsky-Prospekt). 0—8

Von der Redaktion.

Da häufig Klagen seitens der Abonnenten über Nichtzustellung unseres Blattes einlaufen—ohne Angabe dessen, welche Nummern namentlich ausgeblieben sind, so bitten wir in jedem Falle uns unverzüglich mitteilen zu wollen, wann eine Nummer nicht zugestellt worden, wobei Wohnort und Name des Abonnenten deutlich angegeben sein müssen. Auch unsere hiesigen (Tifliser) Abonnenten ersuchen wir dringend, uns über etwaige Nichtzustellung der „Kaukasischen Post“ umgehend in Kenntnis setzen zu wollen. Die Redaktion ist bestrebt, jede Störung in der Expedition des Blattes zu vermeiden, Versehen sind trogalledem möglich. Ohne Beschwerde ist aber eine Abstellung der von uns nicht bemerkten Mißstände nicht möglich. Wir bemerken hierzu noch, daß die Zustellung der Zeitung an Personen, welche das Bezugsgeld für das laufende Vierteljahr nicht mehr entrichtet haben, eingestellt worden ist.

Politische Rundschau.

Inland.

Zur äußeren Lage ist nicht viel zu bemerken. Aus London wird der „Now. Wremja“ gemeldet, daß die Verhandlungen betreffend die englisch-russische Verständigung unter Zustimmung Deutschlands einen günstigen Verlauf nehmen.—Die Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland dürften durch das Ministerium Clemenceau (s. Ausland) anders gestaltet werden, da letzterer, wie bekannt, nicht zu den Anhängern der russisch-französischen Allianz gehört. Auch verlautet, daß Clemenceau gegen die letzte russische Anleihe gewesen sei. Der neue Ministerpräsident gehört zu den republikanischen Radikalen, er ist mithin ein Demokrat vom reinsten Wasser. Die „Russkija Wjedomosti“ meinen, daß

das Verhalten der russischen Regierung in letzten Zeit Clemenceau keineswegs für die „befreundete und verbündete Nation“ habe einnehmen können. — Der Besuch des russischen Ministers des Aßern Iswolski in Paris fiel gerade in die Zeit der Ministerkrise. Iswolski soll angeblich in Tegernsee zur Kur geweiht haben. Von Berlin habe man ihn darauf aufmerksam gemacht, falls er eine Reise hierher unternehmen würde, er durchaus willkommen sein würde. Iswolski wünschte indessen nicht, in Paris durch einen Berliner Besuch zu verstimmen, und entschloß sich daher erst Paris zu besuchen. So die „Times“. Diesem selben Blatte wird aus St. Petersburg gemeldet, daß auf die Reise Iswolski's nach Paris auch die Hohenlohe'schen Memoiren (s. Ausland) von Einfluß gewesen seien. Dagegen hält die übrige ausländische und zum Teil auch unsere Presse, trotz allerhand amtlicher Widerrufe der „St. Pet. Tel. Agentur“ und der „Rossija“, an der Auffassung fest, es seien Verhandlungen über eine neue äußere Anleihe im Gange. Das beweise vor allem der Umstand, daß die Ausschreibung des Termins der Wahlen in die Reichsduma (zum 20. Nov. müssen die Wahllisten bereits fertig sein) so plötzlich erfolgt ist. Der Einfluß ausländischer Finanzkreise sei da unverkennbar. So das „Berliner Tageblatt“, die Zeitung „Nowy Putj“ u. a. Bis jetzt ist über den Abschluß einer solchen Anleihe nichts näheres bekannt geworden. Das Gerücht, die russische Regierung plane eine Verpfändung des Geldbestandes der Staatsbank durch Ausgabe von Schatzscheinen, wird vom Grafen Witte in einem an die „Now. Wremja“ gerichteten Telegramm aus Paris als falsch bezeichnet; es sei das Werk von Börsenspekulanten und Leuten, welche die Anarchie in Rußland gefördert sehen möchten.

Zur inneren Lage. — Herr Bulazel von der „Russkoje Snamja“ hatte vor einiger Zeit öffentlich behauptet, Stolypin habe vor einem Monat, als er im Winterpalais die Vertreter des „Verbandes des russischen Volks“ empfangen, sich „losgefagt von jeder Sympathie für den Parlamentarismus“. Nun aber spiele der Ministerpräsident sich Vertretern der Presse namentlich der ausländischen gegenüber als Verfechter der konstitutionellen Idee auf. Welches sei das wahre Bild der politischen Überzeugung Stolypins, fragt Bulazel letzteren — „das in den ausländischen Blättern wiedergegebene oder das in der „Russkoje Snamja“? Stolypin hat durch die „Now. Wremja“, geantwortet, daß er dem Briefe Bulazels keine Bedeutung beimesse. Die Parteien trachteten danach die Regierung jede auf ihre Seite herüberzuziehen. Diese müsse aber über den Parteien stehen. Niemals habe der Vorsitzende im Ministerrate sich von der Durchführung seines vor einiger Zeit veröffentlichten Programms und der Einberufung der Reichsduma zum 20. Februar des nächsten Jahres lossagen können. Der „Nowy Putj“ spricht sich dahin aus und mit ihm ist die ganze linksstehende Presse einverstanden, daß Herr Bulazel den „wahrhaft-russischen Männern“ einen schlechten Dienst erwiesen habe, wenn er mit seiner „Enthüllung“ gerade jetzt hervorgetreten sei, damit habe er Stolypin vor den Kopf gestossen. Die „Now. Wr.“, die immer lebhaftere Beziehungen zu den höchsten bürokratischen Kreisen unterhält, nennt die „Patrioten“ die „Partei der rechten Unordnung“ und stellt sie auf eine Stufe mit den Sozialisten, der „Partei der linken Unordnung“. Die „Rossija“ bezeichnet sie sogar als eine „Partei des Umsturzes“. Das bedeu-

tet aber, nach Ansicht des „Nowy Putj“ sowie, als daß die „Eintracht zwischen der Reaktion der Regierung und der über diese hinausgehenden Reaktion jener Partei“ zu Ende sei. Die Regierung habe den „wahrhaft-russischen Männern“ ausdrücklich erklärt, daß sie in frecher Weise gegen den unzweideutig ausgesprochenen Willen des Monarchen vorgingen. Es dürfte angesichts dieser Abjage niemand wundern, wenn auch das Gesuch der „wahrhaft russischen Männer“ um Legalisierung abschlägig beschieden werden würde. — Ministerpräsident Stolypin hat dieser Tage dem Vertreter einer politischen Partei, wie die „Sowrem. Schizn“ berichtet, erklärt: Die bedrohliche Lage im Reich werde ihn nicht hindern, die gegebenen Zusagen bezüglich des Reformwerks einzulösen. Eine Reihe Regierungserklärungen und Reformen werde dem Lande beweisen, daß er, Stolypin, Herr seines Wortes ist. Wie die Wiener „Pol. Kor.“ berichtet, entwickelt der Ministerrat gegenwärtig zum Zwecke der Vorbereitung eines ergiebigen Tätigkeitsfeldes für die Duma „eine fast aufreibend zu nennende Tätigkeit“. — Unter den für die künftige Duma vorbereiteten Entwürfen zählt das „Berliner Tageblatt“ als die wichtigsten folgende auf: die Reformen betreffend die Provinzverwaltung, die staatsbürgerlichen Freiheiten, die Unverletzlichkeit der Person, das Briefgeheimnis, die Ausnahmegeetze, Versammlungs-, Vereins- und Glaubensfreiheit, Judenfrage, Semstwo- und Städteordnung, Polizeireform unter teilweiser Suspendierung der Gendamerie. — Über diese Reformarbeiten sind nähere Angaben auch durch unsere Presse verbreitet worden und haben wir uns teilweise schon zu ihnen geäußert. Obenan steht jedenfalls das Projekt über die Aufhebung des Gemeindebesitzes, des sogenannten „Mir“, einer Einrichtung, die sich, wie die „Neue Freie Presse“ ganz richtig bemerkt, längst überlebt hat. An die Bauernschaft soll vom 1. Januar 1907 der Gemeindebesitz zur Verteilung gelangen, und zwar erhält jeder Bauer ein Stück Land als Eigentum oder dessen Wert, falls erwünscht, in bar ausbezahlt. Das Land kann durch die Bauernbank hypothekarisch beliehen werden. Die russische Regierung ist somit bestrebt, kleinen persönlichen Grundbesitz zu gründen. Der „Mir“ ersticke jedes persönliche Streben der Bauern und benahm das Interesse an der Bearbeitung des Bodens. In Sektiererdörfern, wo der Gemeindebesitz längst durch die Bauernschaft selbst aufgehoben ist, herrscht fast durchweg Wohlstand.

Als eine ganz besonders erfreuliche Tatsache sind die Legalisierungen des „Verbandes vom 17. Oktober“ und der „Gesellschaft zur friedlichen Erneuerung Rußlands“ welche soeben bekanntgegeben werden, zu bezeichnen. Letztere „Partei“ mußte sich die Umbenennung in „Gesellschaft“ schon gefallen lassen, andernfalls hätte sich die Bestätigung ihrer Statuten, trotz aller persönlichen Beziehungen des Grafen Heyden zu Stolypin und des unmittelbaren Eingreifens des letzteren in die Entscheidung der Angelegenheit seitens der zuständigen Behörde, zum mindesten stark verzögert. So hätten wir denn zurzeit zwei, wenn auch sehr gemäßigte vom Staate als solche anerkannte politische Vereinigungen, die nunmehr ihre öffentliche Tätigkeit allerorten ungehindert werden ausüben können. Hoffen wir, daß die unzweifelhaft zutage tretende kleine Schwenkung der Regierung nach links auch den oppositionelleren Parteien zugute kommen werde. Je offener der Kampf geführt wird, desto besser für das Land und seine Regierung. Beim Versteckenspielen werden die Massen lediglich hinter das Licht geführt und ein fal-

sches Märtyrertum greift wie eine Seuche um sich, der auch viele gesunde Elemente im Organismus des Staates zum Opfer fallen. Das Licht tötet die schädlichen Mikroben, also auch die Öffentlichkeit jede unwahre Agitation.

Noch eine erfreuliche Tatsache können wir berichten. Die Moskauer Universität ist seit dem 6. d. M. wieder geöffnet. Die Studenten und die Professoren sind darin einig, kein Mittel unversucht zu lassen, um eine Schließung der Universität durch die örtliche administrative Gewalt zu verhindern. In den Studentenversammlungen werden keine fremden Personen mehr zugelassen. Die Zulassung findet nur gegen Vorweisung eines Billets an die Kontrolle statt. Das Polizeiaufgebot vor dem Gebäude der Universität ist entfernt worden. Sollten jedoch trotzdem die Studentenversammlungen einen die öffentliche Ordnung bedrohenden Charakter annehmen und die Universität zu verbrecherischen Zwecken benützen, so liegt es den Lokalbehörden ob, dem sofort ein Ende zu machen.—Ein von der Studentenschaft ins Leben gerufenes Blatt: „Студенческая газета“ hat zu erscheinen begonnen (2 mal wöchentlich). Die erste Nummer bringt in ihrem Leitartikel die Devise: „Die freie Schule im freien Staat“.

In St. Petersburg sind die ersten höheren landwirtschaftlichen Kurse eröffnet worden, die durch private Mittel unterhalten werden und unter der Leitung der Hauptverwaltung für Agrarwesen stehen. Es sind 255 Personen aufgenommen worden. Die Aufnahme ist beendet.

In Warschau begannen am 2. d. M. in der vom polnischen Schulverein gegründeten Volksuniversität die Beschäftigungen. Die Vorlesungen finden an den Wochentagen am Abend statt. Sonntags werden leichtverständliche Vorträge gehalten. Es haben sich bisher 1800 Zuhörer gemeldet.

Diesen erfreulichen Tatsachen gegenüber steht die allerdings durch das Gesetz bedingte weniger erfreuliche Notwendigkeit des Ausschlusses derjenigen adligen ehemaligen Abgeordneten, die den Wiborger Aufruf unterzeichnet haben, aus den Adelskorporationen. Wie die „Strana“ erfährt, ist ein solcher, nachdem der Kursker Adel damit den Anfang gemacht, worüber wir seinerzeit berichtet haben, auch in mehreren anderen Gouvernements angeregt worden. Gegenwärtig werde dafür Agitation gemacht, diese Frage den nächsten Adelsversammlungen zur Beratung vorzulegen. Auch die Moskauer Stadtverwaltung hat, wiewgleich schweren Herzens, den Ausschluß der ehemaligen Dumamitglieder Murozjew (war Präsident der Reichsduma), Kommissarow und Lebedew aus der Zahl der Stadtverordneten beschließen müssen. Ein großer Teil der Stadtduma enthielt sich der Stimmenabgabe (51), sodaß der Beschluß mit einer Mehrheit von nur (52) gegen eine Minderheit von 6 Stimmen durchging.

Der Prozeß des Rats der Arbeiterdeputierten wird wohl fortgesetzt, aber in Abwesenheit der Angeklagten und ihrer Verteidiger. Das Gericht hatte die Vorladung des früheren Direktors des Polizeidepartements Lopuchin als Zeugen verweigert. Dieser Umstand hatte die Verteidiger veranlaßt ihre Mandate niederzulegen und den Sitzungssaal zu verlassen, worauf auch die Angeklagten sich weigerten, an der Verhandlung weiter teilzunehmen. Sie wurden somit entfernt. Ihnen schlossen sich auch einige derjenigen Angeklagten an, die gegen Sicherstellung auf freiem Fuße belassen werden waren; sie verlangten

ihre Kauttionen zurück und Wiedereinstellung in das Gefängnis.

In St. Petersburg ist am 14. Oktober, um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr vormittags, ein frecher Überfall auf einen Geldtransport erfolgt, bei welcher Gelegenheit mehr als 350 tausend Rubel abhanden gekommen sind. Die Räuber bedienten sich verschiedener Sprenggeschosse. Der Überfall ereignete sich auf offener Straße (Ecke des Katharinenkanals und der Fontänen-Gasse). Unter den die Equipage begleitenden Gendarmen wurden 5 Pferde niedergeschossen; einige der Reiter wurden verwundet. Von den Angreifern (ihrer waren viele) wurden bei der Verfolgung mehrere eingeholt und gefangen genommen, einige getötet; einer nahm sich selbst das Leben, als er sich von der Polizei in die Enge getrieben sah. Die Untersuchung wird aufs energischste geführt.

Aus Sfaratow wird gemeldet, daß auf der Kamyschiner Strecke ein Personenzug verunglückt ist. Die Entgleisung war von Verbrecherhand herbeigeführt worden. 30 Waggons sollen angeblich den Abhang hinuntergestürzt sein und natürlich hat es bei dieser Gelegenheit viele Tote und Verwundete gegeben.

Ausland.

Deutschland. Das wichtigste Ereignis, welches während der letzten Wochen in ganz Deutschland die Gemüter aufregte und auch viel Argerniß hervorbrachte, war die Veröffentlichung der „Denkwürdigkeiten“ des Fürsten Chlodwig von Hohenlohe, welcher viele Jahre hindurch den Posten des Statthalters von Elsaß-Lothringen bekleidete, und zuletzt Reichskanzler war. Fürst-Hohenlohe war kein großer Staatsmann, aber da er fortwährend mit den einflußreichsten Persönlichkeiten in Berührung kam, hatte er reichlich Gelegenheit sie genügend kennen zu lernen und wußte von wem und wie die Triebkräfte der deutschen Reichspolitik in Bewegung gesetzt wurden. Es war die Zeit, da der eiserne Kanzler die Fäden der europäischen Politik in seiner starken Faust hielt und alles was Fürst Hohenlohe sah und hörte, trug er ein in sein Tagebuch ein. Dieses ist nun von seinem Sohne oder eigentlich von Professor Curtius in Stuttgart veröffentlicht worden und weil es mancherlei Vorgänge aufdeckt, die eigentlich geheim bleiben sollen, ist man in Deutschland über dieses „Blaulernen aus der Schule“ sehr aufgebracht und auch Kaiser Wilhelm II vermochte seinen Zorn nicht zu unterdrücken. Was Hohenlohe über Bismarck erzählt, ist zum größten Teil längst bekannt und hat niemand entrüstet, aber die politische „Arbeit“ mit und gegen die Nachbarstaaten, welche durch die „Denkwürdigkeiten“ ans Tageslicht gefördert wird, brachte viele und besonders Kaiser Wilhelm II in Verlegenheit. Seine Pläne oder Absichten, die er einst gegen diesen oder jenen Nachbarstaat hegte, sieht er nun verraten und wenn auch im politischen Leben viel und schnell vergessen wird und das „Schwammdrüber“ eine große Rolle spielt, so haben doch solche Mitteilungen aus der Vergangenheit keine guten Nachwirkungen und machen bei denjenigen böses Blut, die nun erfahren, wie man sie vor Jahren täuschte oder täuschen wollte.

In dieser Rundmachung politischer Geheimnisse liegt der ganze Schwerpunkt des Argernisses, aber wie gesagt, die Politiker haben ein kurzes Gedächtnis und müssen es haben, weil sie alle ihr „Geschäft“ auf gleiche Weise führen.

Die preussische Polenpolitik in den Ostmarken (Posen,

Westpreußen und Oberschlesien) wird immer „schneidiger“ und für jeden im Auslande lebenden Deutschen unverständlicher. Ein Kulturstaat ersten Ranges vergewaltigt auf geradezu unheimliche Weise die Rechte seiner polnischen Untertanen und nur wenige Stimmen werden laut, die diese kurzfristige Politik verurteilen. Gerade die im Auslande lebenden Deutschen haben die Pflicht Preußen zuzurufen: „Was dem einen recht ist, ist dem andern billig“. Wie können preußische Zeitungen für die Rechte der Siebenbürger Sachsen oder anderer unter fremden Völkern wohnender Landsleute eintreten, wenn sie daheim die nationalen Rechte ihrer polnischen Mitbürger mit Füßen treten? Viele preußische Zeitungen behaupten, die Polen seien die „Angreifer“, aber das ist unrichtig. Die Polen arbeiten seit mehreren Jahrzehnten an der Neubelebung ihres Volkstums und dieses Streben wird keine preußische Regierungsmaßregel aufhalten können, sondern alle Bedrückungen werden den Drang der Polen nur fördern und kräftigen. Dieses ABC der Völkerpsychologie sollten die Herren in Berlin doch kennen, oder giebt es für Preußen im Völkerleben andere Gesetze als die, welche die Natur geschaffen? Vor 30, 40 Jahren, als die preußische Regierung z. B. in Oberschlesien noch selbst für den polnischen Unterricht sorgte, fiel es den „Wasserpöhlen“ gar nicht ein Polen zu werden, aber sie sind es geworden, seitdem die Bismarcksche Methode eingesetzt hat, in welcher der Begriff „Völkerpsychologie“ keine Berücksichtigung findet und nur von Politik die Rede ist. Als ob Politik oder Maßregeln oder das Durchprügeln von Schuljungen ein kräftiges Volk in seinem Empfortreiben aufhalten könnten!

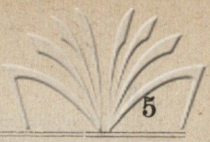
Was haben denn die Deutschen im Posenschen während der letzten 50 Jahre für die deutsche Kultur getan? Sie haben geschlummert in gewissenhafter Getrenntheit, die ihnen der vom preußischen Beamtentum eingepfropfte Kastengeist vorgeschrieben hatte. Und während jeder eifrig und sorgfältig nur seine Standeswürde zu wahren trachtete und jeden niedriger stehenden mied, haben sich die Polen (Adel, Bürger, Geistlichkeit und Bauern) eng an einander geschlossen und ein kräftiges Kulturleben geschaffen und als dieses sich den schlummernden Herren Preußen fühlbar machte, wachten sie auf und ergriffen jene Maßregeln, die die Polen zu Angreifern gemacht haben. Wer nicht von Berlin aus der Vogelperspektive, sondern in der Fremde, auf der Kampfbühne verschiedener Völker, den Geist und das Gemütsleben fremder Völker studirt, der weiß, daß es hier unumstößliche Gesetze giebt, die eine elementare Kraft besitzen. Die polnische Frage in den preußischen Ostmarken kann nur durch Kulturmittel gelöst und der Kampf beider Nationalitäten nur als Kulturkampf sicher und auf würdige Weise ausgefochten werden.

Zur Thronfolge in Braunschweig. Der Herzog von Cumberland hat den in den letzten Tagen bekanntgegebenen, zwischen ihm und dem Kaiser und dem Reichskanzler stattgehabten Schriftwechsel mit einem Begleitschreiben an das hiesige Staatsministerium mitgeteilt. Die amtlichen „Braunschweigischen Anzeigen“ sind ermächtigt, das Begleitschreiben wiederzugeben, in dem es heißt: „Nach meiner besten Ueberzeugung habe ich durch mein Schreiben an Seine Majestät den Deutschen Kaiser das weitgehendste Entgegenkommen bewiesen. Die für die Ablehnung meines Vorschlages angeführten Gründe vermag ich in keiner Richtung anzuerkennen, denn durch die von mir vorgeschlagene Neuordnung der Regierungsverhältnisse im Herzogtum wird meines Erachtens die Sach- und Rechtslage wesentlich verändert, und

ganz unerfindlich ist mir, inwiefern die Regierungsübernahme meines jüngsten Sohnes im Herzogtum Braunschweig die Interessen des mächtigen Deutschen Reiches sollte gefährden können. Ich beschränke mich hier nur darauf hinzuweisen, daß der Bundesratsbeschuß vom 2. August 1885, wie ja auch schon der Wortlaut desselben ergibt, nur gegen mich, nicht auch gegen die Mitglieder meines braunschweigisch-lüneburgischen Hauses, sich richtet. An vorstehende Mitteilungen, die das Land Braunschweig und besonders die Landesversammlung über die im Sinne der Resolution vom 25. v. Mts. von mir unternommenen Ausgleichsverhandlungen und über deren Zurückweisung aufklären sollen, knüpfe ich hiermit das an das herzogliche Staatsministerium gerichtete dringende Ersuchen, dieses mein Schreiben mit den Anlagen durch die amtlichen „Braunschweigischen Anzeigen“ zur öffentlichen Kenntniss zu bringen und, worauf ich ganz besonderes Gewicht lege, der Landesversammlung vorzulegen, deren erneute Tagung bevorsteht. (gez.) Ernst August, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg.“

Zu dieser neuesten Kundgebung des Herzogs schreibt die „Braunsch. Landesztg.“: „Der Landtag wird von weiterer Einwirkung auf den Herzog Abstand nehmen. Aus den Ausführungen des Herzogs geht als absolut unanfechtbar klar hervor, daß er von einem Frieden mit Preußen, wie ihn der Landtag und mit ihm alle objektiv denkenden Männer als die unerlässliche Voraussetzung des Eintritts in sein Thronrecht ansehen, schlechterdings nichts wissen will. Es ergibt sich nun, daß die Unmöglichkeit der Inthronisierung eines Mitgliedes des Hauses Cumberland zurzeit, so lange der Herzog am Leben bleibt, als erwiesen anzusehen und demgemäß die Wahl eines Regenten nunmehr unausbleiblich geworden ist. Ob dieser Regent nur als ein billiger Notbehelf für die Vornahme einer Verfassungsänderung behufs selbständiger Einsetzung eines Herzogs aus eigenem Landesrecht, was wir für das Wichtigste halten würden, oder als dauernder Plaghalter für spätere Zeit zu wählen sein würde, immerhin würde eine solche Wahl nicht zu umgehen sein“. Der braunschweigische Landtag hielt am 6. Oktober eine dreistündige vertrauliche Beratung ab. Das Resultat derselben ging, wie die „Braunsch. Nachr.“ erfahren, dahin, dem Herzog von Cumberland nochmals eine Frist zu gewähren, um sich zur Thronfolgefrage definitiv zu äußern. Zu diesem Zweck soll die Neuwahl eines Regenten noch etwas aufgeschoben werden.

Oesterreich. Graf Goluchowski, welcher als Minister des Außern zwölf Jahre lang die äußere Politik der österreichisch-ungarischen Monarchie leitete, hat sein Amt niedergelegt, weil ihm, wie es scheint, die Ungarn das Leben etwas sauer machten. Die Ungarn, welche sich immer mehr anheischig machen im Staate das Ruder zu führen, sind schwer zu befriedigen und die Vorwände, welche sie ihren Beschwerden über den scheidenden Minister zu Grunde legen, sind wenig stichhaltig. Wenn ihm in Oesterreich trotzdem niemand eine Träne nachweint, so liegt die Ursache mehr in der äußeren Politik, in welcher er den Karren nicht vorwärts brachte. Der polnische Aristokrat verstand eben nur das „Wursteln“ und brachte es während seiner langen Amtszeit nirgends zu einem durchschlagenden Erfolge. Auf der Balkanhalbinsel, wo Oesterreich wichtige Interessen hat und besonders im Handel nach dem Vorrang strebt, gelang ihm kein einziger Schachzug und sogar das kleine Serbien hat ihm mehr als einmal drohend die Faust gezeigt. Einen kräftigen



Ruck hat der gewandte Pole, der alles mit feinen Handschuhen anfasste, niemals unternommen und ein schlauer Diplomat war er auch nicht. Die Beziehungen Österreichs zu dem ihm verbündeten Italien haben sich in letzter Zeit noch verschlechtert und wenn die schöne „Italia“ mit der Scheidung drohte, mußte der lockere „Ehebund“ von Berlin aus repariert werden. Goluchowski war also nur ein feiner Herr oder wie man in Österreich sagt, ein vornehmer Kavaliere, der seinem Hause würdevoll vorstand, aber zum eigentlichen „Geschäft“ weder das Zeug noch die Tatkraft besaß.

Österreich scheint aber an solchen Herren sehr reich zu sein und es ist fraglich, ob Goluchowski's Nachfolger die Politik des Kaiserstaates mit Kraft und Nachdruck auf jene Bahn zu lenken im Stande ist, auf die es seine innere und äußere Entwicklung zu drängen scheint.

Frankreich.—Das Ministerium Sarrien hat demissioniert. Der Präsident Fallières hat die Neubildung des Kabinetts dem bisherigen Minister des Innern Clemenceau angetragen. Dieser hat denn auch ein solches zusammengestellt. Die politische Bedeutung der Übernahme des Präsidiums im Conseil Clemenceau würdigt der Pariser Korrespondent des „Berl. Tageblatt“ folgendermaßen: „Die Umwandlung des Ministeriums Sarrien in ein reines Ministerium Clemenceau ist im Hinblick auf die internationale Politik nicht gerade erfreulich. Clemenceaus alter Feind Ernest Judet, der im „Eclair“ in einer langen Artikelserie behauptete, die französische Regierung habe auf Clemenceaus Drängen die Militärkonvention mit England abgeschlossen, dürfte ein wenig übertrieben und gewissen theoretischen Erörterungen zu große Wichtigkeit beigemessen haben; immerhin ist es unzweifelhaft, daß in Clemenceau der Hauptvertreter derjenigen Richtung zur Macht gelangt, die die Bedeutung der englisch-französischen Entente womöglich noch erhöhen möchte. Clemenceau, der mehr aus persönlichem Haß, als aus sachlichen Meinungsverschiedenheiten Delcassé's Sturz herbeiführen half, hat als entschiedener Demokrat eine starke Abneigung gegen das reaktionäre preussische System, und diese Abneigung hat sich kürzlich bei seinem Besuche in Berlin ziemlich deutlich und vor einigen Tagen in Reden, die er bei einer Rundreise durch die Departements hielt, noch weit klarer geäußert. Judet behauptet heute im „Eclair“, Clemenceau werde „vor keinem Risiko zurückschrecken, um das ruhige, vor jeder auswärtigen Verwicklung zitternde Volk zum Sprung über den Graben zu verleiten, vor dem es seit 35 Jahren zaudere“. Auch das ist natürlich wieder eine phantasievolle Uebertreibung, aber wenn Clemenceau auch nicht an solche kriegerischen Abenteuer denkt, so denkt er doch ebensowenig daran, die Beziehungen zu Deutschland etwas wärmer zu gestalten. Leider wird seit der unglücklichen Marokko-Affäre eine Politik der Annäherung auch vom Publikum nicht mehr herbeigesehnt. Sollte, wie es den Anschein hat, der Generalresident von Tunis, Stephan Pichon, Minister des Aeußeren werden, so wäre Clemenceau auch in dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten der eigentliche Gebieter. Schon heute muß man jedoch den dringenden Wunsch äußern, daß die öffentliche Meinung Deutschlands bei aller gebotenen Aufmerksamkeit Clemenceaus Rhetorik nicht zu heiß nehmen möchte“.

Mittlerweile hat Pichon das Portefeuille des Ministeriums des Aeußeren übernommen. Er erklärt, die äußere Politik Frank-

reichs werde keinen Änderungen unterworfen und nach wie vor friedliebend sein. Frankreich werde sich in Marokko strikt an die Beschlüsse der Konferenz von Algeciras halten. Die politische Bewegung in Marokko werde zu keinen Schwierigkeiten Veranlassung geben.

England.—Die Sitzungen im Unterhause sind eröffnet worden. Der Ministerpräsident Bannerman, von der Mehrheit der Mitglieder aufs lebhafteste begrüßt, hielt eine Rede, in welcher er darauf hinwies, daß die Regierung nun zur Durchführung ihres Programms schreiten werde.—Ein Preislied zur Verherrlichung der englischen Flotte hat der erste Lord der Admiralität Tweedmouth bei einem Bankett in Sheffield angestimmt. Er erklärte, die soeben vom neuen Panzerschiff „Dreadnought“ beendeten Schießübungen hätten sich als im höchsten Grade erfolgreich erwiesen. Die Zukunft gehöre den großen Panzerschiffen und den großkalibrigen Geschützen. Die pessimistischen Vorhersagen aus Anlaß einer Einschränkung des Flottenbauplans seien unbegründet. Die englische Flotte sei nie stärker als im gegenwärtigen Augenblick gewesen. Die Flotte sei stärker als jede Flottenkombination gegen England, die überhaupt in Frage kommen könne. Der Ministerpräsident Campbell Bannerman hat eine Deputation der interparlamentarischen Konferenz, welche Anfang Juli d. J. in London tagte, empfangen, die ihm folgende vier Beschlüsse der Konferenz unterbreitete: über Erweiterung der Vollmachten des Haager Schiedsgerichts, über Einschränkung der militärischen Rüstungen, über jährliche Geldanweisungen zur Unterstützung der Idee des ewigen Friedens und über Abschluß von Verträgen betreffend Beilegung von Streitigkeiten zwischen den einzelnen Staaten durch Schiedsgerichte. Bannerman versprach diese Beschlüsse den Regierungen von 25 Staaten zu übermitteln.

Italien. Durch die Fahrt des deutschen Staatssekretärs von Tschirschky und Bögendorf nach Wien und Rom ist die Frage der Erneuerung des Dreibundes wieder akut geworden. In der italienischen Presse finden sich folgende Meldungen;

Rom, 19. Okt. Das „Giornale d'Italia“ versichert, in maßgebenden Kreisen Roms herrsche ein einmütiges Vertrauen zu der Wirksamkeit und Dauer des Dreibundes, der die Grundlage des europäischen Friedens sei. Italien denke nicht im Traume daran den Dreibund zu kündigen, gleichwohl seien neue Rüstungen ganz unabweisbar und werde der Kriegsminister dreihundert Millionen, der Marineminister 150 Millionen verlangen. Falls der Ministerrat hierauf eingehen sollte, würden sie beide demissionieren.

Rom, 10. Oktober. Der „Corriere della Sera“ bezeichnet die hier verbreitete Nachricht, Staatssekretär von Tschirschky und Bögendorf seien in Rom anwesend wegen des drohenden Verfalles des Dreibundes, als phantastisch. Der Dreibund sei nicht in Gefahr. Er sei ein notwendiges Element des europäischen Gleichgewichts und die beste Garantie für Italien. Gleichzeitig müsse Italien die traditionelle Freundschaft mit England wahren und stets für die Aufrechterhaltung guter Beziehungen Deutschlands und Englands sorgen.

Perfien.—Die Sitzungen im Parlament finden viermal wöchentlich statt. Vor der Hand wird eine Instruktion für dasselbe ausgearbeitet. Die ersten Schritte des Parlamentarismus bekunden Mangel an Vorbereitung und das Unvermögen der Deputierten sich in den Staatsangelegenheiten zurechtzufinden. Der

Schah hat der öffentlichen Meinung nachgegeben und seinen Sohn, welcher im Lande nicht beliebt ist, als Justizminister zu bestätigen verweigert. „Daily Telegraph“ meldet ferner, die Gesundheit des Schahs verursache schwerste Bedenken. Einige fürchten eine Katastrophe in wenigen Tagen, andere hoffnungsvollere in einigen Wochen. Muzaffer Eddins Nachfolger würde Mohammed Ali sein. Der Thronwechsel würde sich glatt und ohne Schwierigkeiten vollziehen; weder innere noch auswärtige Störungen werden befürchtet.“

Feindseligkeiten zwischen Japan und Holland auf Java. Kom, 12. Oktober. Das „Blatt für öffentliche Bauten“ teilt mit, daß auf den japanischen Werften eine fieberhafte Tätigkeit herrscht. Man glaubt, daß Japan sich zu einem Angriffe gegen die Holländer auf Java vorbereite. Im Zusammenhang hiermit wird hervorgehoben, daß nicht ein Tag vergehe, wo sich auf Java nicht Zusammenstöße zwischen Holländern und Japanern ereigneten. Japanische Agenten durchziehen die holländischen Kolonien und machen Propaganda für einen Anschluß an Japan.

Nachrichten aus dem Kaukasus.

— **Tiflis.** Zum Polizeimeister ist Kapitän Balabanski ernannt worden. Bereits am 18. d. Mts. hat er die Erfüllung seiner neuen Obliegenheiten begonnen.

— Infolge von Gerüchten, laut denen am 17. Oktober und während der darauf folgenden Tage in der Stadt ernste Unruhen zu erwarten gewesen wären, hatte der Generalgouverneur eine Bekanntmachung erlassen, in welcher unter Androhung der Todesstrafe Volksversammlungen und Manifestationen, welcher Art sie auch seien, strengstens verboten worden waren.

— Am 12. Oktober, um 3 Uhr nachts, wurde der Stadtteil Nachalowka von Militär umringt. Bei den darauf in einigen Wohnungen vorgenommenen Hausdurchsuchungen wurden 43 paßlose Individuen arretiert.

— In einigen Geschäften der Stadt wurde vor kurzem eine plötzliche Revision der im Gebrauch befindlichen Maße und Gewichte vorgenommen, wobei erstere sich in den meisten Fällen als falsch erwiesen. Sie wurden beschlagnahmt.

— Am 15. Oktober hat die Aushebung der diesjährigen Rekruten begonnen. Um Ruhestörungen vorzubeugen, wurden schon am Tage vorher alle Schankwirtschaften geschlossen.

— Es hat hier eine Beratung der vier georgischen Bischöfe: Georgi, Kirion, Peter und Leonid, sowie der 15 Delegierten aller Kirchensprengel des Georgischen Exarchats betreffs der Autokephalie (Selbsterlichkeit) der Georgischen Kirche und anderer Fragen stattgefunden, die soeben geschlossen worden ist.

— Zurzeit verweilt hier der bekannte französische Publizist A. Mar, welcher vor kurzem den russischen Premier-Minister P. A. Stolypin in St. Petersburg betreffs der augenblicklichen politischen Lage Rußlands interviewt hat. J. Mar besucht den Kaukasus, um sich mit den Vorgängen hierselbst vertraut zu machen. Unter anderem beabsichtigt er auch Etschmiadsin einen Besuch abzustatten. Seine weitere Reiseroute geht dann über das Wolgagebiet und von dort über Petersburg zurück nach Paris. Seine nachherigen Veröffentlichungen dürften das größte Interesse namentlich bei uns im Kaukasus in Anspruch nehmen.

— Die Scharlachepidemie breitet sich immer mehr aus. Es

mußten sogar, um weiterem Umsichgreifen dieser Krankheit unter der Schuljugend vorzubeugen, einige Schulen geschlossen werden. Außer Scharlach sind noch viele Typhuserkrankungen zu verzeichnen; auch Diphtheritis kommt nicht selten vor.

— Die Weinernte in **Kartalinien** ist ergiebig ausgefallen, doch infolge der verfrühten Weinlese erzielte man in einigen Ortschaften nur einen säuerlichen Wein.

— **Mamutly**, Kreis **Bortschala**, Gouv. **Tiflis**.—Im Hochsommer hatte der Besitzer von Mamutly zur Heumahd Arbeiter aus der Nähe von Armavir gedungen und sie für eigene Rechnung hierher geführt. Nach einigen Tagen schon wurden sie allesamt (über 70 Mann) auffässig, indem sie vorgaben, daß die Verpflegung und noch manches andere ungenügend sei. Sie verlangten eine Entschädigung und freie Rückbeförderung in die Heimat. Da ihre Forderungen von Herrn v. Ruzsichenbach verworfen wurden, wandten sich die nunmehr Obdachlosen an das Tifliser Komitee für Arbeitsuchende und die Angelegenheit kam an die Öffentlichkeit. In diesen Tagen nun hat ein Schiedsgericht letztere in allen Punkten zu Gunsten Herrn von Ruzsichenbachs entschieden. Damit hätte sich denn alles Gerede über das angeblich unbillige Verhalten des Besitzers von Mamutly seinen Arbeitern gegenüber als völlig unbegründet erwiesen.

— Aus dem Gouv. **Elisabetpol** findet man in den hiesigen Zeitungen eine Menge Nachrichten über Raubüberfälle. Die Unsicherheit im Gouvernement, der unregelmäßige Umzug der nomadischen Hirten, der Mangel an tierärztlicher Hilfe trug viel zur Verbreitung der Viehseuche bei, die jetzt überall furchtbar wüten soll.

— **Dschebrail.** Nach einem Boykott von 2 Monaten wurde hier am Orte der Bazar wieder eröffnet. Auch sind schon armenische Handwerker und Händler hierher gekommen.

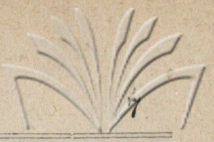
— Einer Korrespondenz der „Tifl. Gaz.“ entnehmen wir, daß der Stand der Finanzen der Stadt **Baku** augenblicklich ein derartig trauriger und fast hoffnungsloser sei, daß die kommunalen Einrichtungen derselben nicht mehr richtig funktionieren. Auf der Stadt laste bereits eine Schuld von 800,000 Rbl an Private mit einem sehr hohen Zinsfuß. Der Kredit sei vollständig erschöpft und die Stadt habe alle eigenen und ihr anvertrauten fremden, selbst sogenannte „unantastbare“ Kapitalien verausgabt. Mehr noch als das: Eine vor kurzem vom Steuerinspektor vorgenommene Revision stellte eine Veruntreuung von 150 tausend Rbl. Kronsgeldern fest.

— In **Schemacha**, Gouv. Baku, soll sich eine Gesellschaft gebildet haben zur Gründung einer tatarischen Druckerei und einer Buchhandlung. Ein erfreulicher Schritt vorwärts!

— In dem russischen Dorfe Zelenowka und den umliegenden armenischen Dörfern, die sich im **Griwan'schen** Gouv. am Goktscha-See auf einer Höhe von 6 $\frac{1}{2}$ tausend Fuß befinden, wurden im verflossenen Jahr Versuche mit Gartengemüse: Kartoffel, Weißrübe, Zwiebel, Mais usw. gemacht, welche ein ausgezeichnetes Resultat ergaben. An Kartoffeln allein sind 20 tausend Pud geerntet worden. Bekanntlich kommt Getreide auf dieser Höhe nicht gut fort, und waren in jener Gegend bis jetzt sehr oft Mißernten infolge von Frost zu verzeichnen.

— Gouv. **Rutais**, Letischum. Die Getreide- und Weinernte soll hier spärlich gewesen sein; die Landstraßen sind unsicher.

— **Batum**, 4. Oktober. Die deutsche Dampfergesellschaft „Argo“ hat die Linie Batum-Amerika-Hamburg-Antwerpen eröffnet.



Содержание
№ 19

— **Petrowsk.** Am 3. Oktober überfielen einige russische Bauern einen Polizeioffizier und nahmen ihm 35 Rub. und einen silbernen Dolch ab. Im Stadtgarten daselbst wurden einem Beamten der Stadtverwaltung 50 Rub. und eine silb. Uhr abgenommen.

— Station **Gudermes** der Wlad. Eisenbahn. Unweit dieser Station wurde durch Beschädigung des Geleises ein Eisenbahnunglück herbeigeführt, wobei eine Lokomotive und 7 Zisternewaggon vom Geleise stürzten und den Kondukteur Minder erdrückten. Während des Unglücks bemerkte man, wie einige Eingeborene den Zug beschossen, wobei der Kondukteur Masulin verwundet wurde. Zwei verdächtige Einheimische wurden verhaftet.

— **Wladikawkas.**—Eine Räuberbande machte am 10. Oktober einen Überfall auf den Juwelierladen von Schichmann, welcher sich im Zentrum der Stadt neben der Hauptwache befindet. Zuvor hatten die Räuber das Publikum durch Revolvergeschüsse auseinandergetrieben. Eine hinzugekommene Patrouille gab Feuer, jedoch sind die Räuber scheinbar unbeschädigt davongekommen, wogegen unter dem Publikum mehrere Verwundungen zu verzeichnen sind. Der Besitzer des Magazins ist schwer verwundet. Sämtliche Verwundete sind, wie wir einem Privatschreiben entnehmen, gestorben.—Auf den Pulverkeller des Apsheronschen Regiments wurden gegen 60 Schüsse abgefeuert. Zwei herbeigeleitete Kompagnien des Regiments vereitelten den Ueberfall, doch ist niemand von den Übeltätern festgenommen worden.

— Aus **Pjatigorsk** wird uns von geschätzter Seite mitgeteilt, daß in den deutschen Kolonien des **Terek-Gebiets** das Getreide gut geraten ist, das Weizen sehr gut, der Wein auch sehr gut (reich getragen und schön ausgereift), der Kohl recht gut, die Kartoffeln ziemlich gut (stellenweise von Würmern stark beschädigt). Die Obsterte ist schwach ausgefallen. Eine Viehseuche (чухарь) hat großen Schaden angerichtet. Der Sommer war im ganzen kühl und gab es nur wenig Regen. Der Gesundheitszustand war ein sehr guter.—Die Badesaison hier selbst war gut besucht; wohlhabendes Publikum war allerdings wenig zu finden. In Rislowodsk waren sämtliche Quartiere eingenommen. Am wenigsten war Shelesnowodsk besetzt. Noch herrscht bei uns warme Witterung, so daß man noch nicht zu heizen braucht. Hier, in Pjatigorsk, mehren sich die Diebstähle; auch wurde hier unlängst ein Agent der Firma Nobel von 5 Raubmördern durch 19 Dolchschläge umgebracht.

— **Pjatigorsk.** Auf Anregung des Herrn M. Solowjew wird hier ein Klub (Geselliger Verein) ins Leben gerufen. Die Zahl der Mitglieder wird auf 200 berechnet.

— **Tuapse.** Am 12. Oktober wurden am hellen Tage in der Nähe von Dschubia der Gutsbesitzer von Moor und seine zwei Schwägerinnen grausam ermordet; die dritte Schwägerin tödlich verwundet; zufällig waren die Frau und das Kind des Gutsbesitzers nicht zu Hause; diese blieben am Leben.

— Zum Gouverneur des **Schwarzmeer-Gebietes** ist an Stelle des Gen.-Majors Trofimow der Vizegouverneur jenes Gebietes Bereznikow ernannt, an Stelle des letzteren aber der Beamte für besondere Aufträge beim Statthalter Mossolow.

Die deutsche Volksschule.

Es ist eine erfreuliche Tatsache, daß die Deutschen nicht nur in den Ostseeprovinzen, sondern auch in den Kolonien Südrusslands und an der Wolga mit größtem Eifer an die Ausgestaltung ihrer nationalen Schule gehen. Allerorten werden Schulen begründet oder sollen begründet werden, die zur Erhaltung unserer deutschen Eigenart beitragen dürften. Gemeinden, Lehrer und Geistliche sind mit der Lösung der Schulfrage beschäftigt. In einer unlängst in Sjaratow, im Verlage der „Deutschen Volkszeitung“, erschienenen Broschüre: „Deutsche Volksschule in unseren Wolgakolonien“ weist der Verfasser derselben Pastor Joh. Erbes als Beleg hierfür auf mehrere die Schulangelegenheit betreffende Eingaben und Entwürfe hin. So z. B. auf die Bittschrift der Volksschullehrer-Versammlung des Nowoufenschen Bezirks, Gouvernement Samara, vom 16 — 22 Mai 1905; auf den Entwurf einer Grundverfassung der Volksschule der katholischen Kolonialgeistlichkeit in N:o 12 des „Klemens“ von 1905; auf die Arbeiten über die Schulfrage der evangelischen Geistlichkeit an der Wolga, insbesondere auf den Entwurf einer Schulreform, wie er der letzten Synode dieser vorgelegen hat u. a. Auch die deutsche Presse Russlands beschäftigt sich mit der Lösung der Schulfrage in den deutschen Kolonien. So bringt z. B. die in Odessa erscheinende Zeitung: „Deutsches Leben“ einen Artikel in dieser Sache, welcher eine Reihe Vorschläge enthält, die von praktischen Erwägungen ausgehend, wohl verdienen in weitesten Kreisen beachtet zu werden. Die deutschen Blätter in den Ostseeprovinzen haben diesen denn auch einige Betrachtungen gewidmet, die dafür Zeugnis ablegen, wie aufmerksam selbst dort die deutsche Schulpolitik in Südrussland verfolgt wird. Um die Schulfrage in den Kolonien richtig zu verstehen, ist aber vor allem erforderlich, den Werdegang der Kolonialschule kennen zu lernen. Hernach erst wird eine zutreffendere Beurteilung der genannten Vorschläge möglich sein. In dem obenerwähnten Entwurf einer Schulreform der evangelischen Geistlichkeit findet sich unter anderem auch ein Rückblick über die Entwicklung des Volksschulwesens in den Wolgakolonien. Dieses hat im großen ganzen dieselben Phasen durchgemacht, wie das Schulwesen in den deutschen Siedlungen des nördlichen Kaukasus und Transkauasiens. Es wird somit eine Wiedergabe jenes Rückblicks uns der Notwendigkeit überheben, einen solchen ausschließlich für die Schulentwicklung in den deutschen Kolonien des Kaukasus zu liefern, der doch im wesentlichen nur eine Wiederholung des ersteren bedeuten würde. Wir lassen ihn also nachstehend—mit einigen Kürzungen—folgen.

„Gleichzeitig mit der Gründung der Wolgakolonien in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts wurden von den bürgerlichen evangelischen Gemeinden daselbst auch Gemeinde- oder Kirchenschulen ins Leben gerufen. Aufgabe dieser Schulen war, die Kinder für die Konfirmation vorzubereiten; doch wurde auch etwas Schreiben und Rechnen getrieben. Als Lehrer in diesen Schulen wurden die Küster oder sogenannten Schulmeister angestellt. Der sittlich-religiöse Charakter bedingte von Anfang an die enge Zusammengehörigkeit dieser Gemeindegemeinschaften mit der Kirche, weshalb sie durch einen Allerhöchsten Ukas vom 25. Oktober 1819 bei Gelegenheit der Kaiserlichen Bekanntmachung über die Errichtung des Sjaratowschen Evang.-Lutherischen Konfistoriums unter die ausschließliche Aufsicht und Leitung der

Kirche, beziehungsweise der Ortsgeistlichen und der höheren kirchlichen Behörden, gestellt wurden. Im Jahre 1840 wurde der kirchlich-konfessionelle Charakter dieser Schulen ausdrücklich sanktioniert durch die Allerhöchst bestätigten „Regeln für die Katechisation in den Ansiedelungen des Sjaratowschen Gouvernements“, indem laut § 1 dieser Regeln der „Hauptzweck der Kirchenschulen in der Unterweisung der Jugend in der Religion besteht“. Zum Besuch der Schule wurden die Kinder vom vollendeten siebenten Lebensjahr ab verpflichtet.—Für eine praktische Ausbildung haben also diese Kirchenschulen, ihrer Bestimmung gemäß, keine Sorge getragen und nicht tragen können, nicht deshalb, weil etwa die Leiter derselben—die Geistlichkeit—in grundsätzlichem Gegensatz zu dieser Frage gestanden hätten, sondern weil: 1) die mit der Zeit sich steigende Schülerzahl für die eine Lehrkraft, den Schulmeister und selten noch einen Gehilfen, zu groß war, die Gemeinden aber ökonomisch unermöglichend waren, die notwendige Lehrerschaft aus eigenen Mitteln zu unterhalten,—und weil 2) die vorhandenen Lehrkräfte ungenügend für ihren Lehrerberuf vorbereitet waren—wegen Ermangelung eines Lehrerseminars. — Unter solchen ungünstigen Umständen mußten die Kirchenschulen sich damit begnügen, wenigstens ihre Hauptaufgabe, nämlich Unterweisung der Jugend in der Religion, zu erfüllen. Aber auch dieser Aufgabe konnten sie infolge obiger mißlicher Verhältnisse nicht immer völlig gerecht werden. Praktisches Wissen konnte nur in sehr beschränktem Maße vermittelt werden.—Was nun die Kirchenschulen in nur ungenügender Weise zu geben imstande waren, nämlich einige Kenntnisse für das praktische Leben, das suchte die Bevölkerung sich auf privatem Wege zu verschaffen. So schickten z. B. einzelne Eltern ihre Kinder in die Abendschule zu dem Schulmeister oder seinem Gehilfen, um sich hier im Schreiben und Rechnen, namentlich auch im Lesen der für die Landbevölkerung notwendigen Berechnungen und ferner im Russischlesen und -schreiben zu üben. Oder mehrere Hausväter errichteten gemeinschaftlich für ihre Kinder eine Privat- oder Gesellschaftsschule, in der außer in Religion, Muttersprache, Schreiben, Rechnen und etwas Geographie auch die russische Sprache unterrichtet wurde, welche letztere seit Einführung der allgemeinen Wehrpflicht ein obligatorischer Unterrichtsgegenstand wurde.—Solche Privat- oder Gesellschaftsschulen traten schon in den 40-er Jahren in den Kolonien ins Leben. Wegen der hier gebotenen Möglichkeit freier Selbstbetätigung der Gesellschaft in der Aufstellung des Unterrichtsprogramms und der freien Wahl der Lehrer, dank ferner den Geldunterstützungen der Landämter (so z. B. des Ramyschinschen, im Gouv. Sjaratow) bei Unterhaltung dieser Privatschulen später,—erfreuten sich diese Schulen bald einer großen Beliebtheit unter der Bevölkerung, so daß Ende der 80-er Jahre in manchen Gemeinden sogar 2 Gesellschaftsschulen neben der einen großen und überfüllten Gemeinde- oder Kirchenschule bestanden. Im Nowouzenschen Bezirk des Gouv. Sjaratow aber kam das Landamt diesem Bedürfnis der Bevölkerung nach praktischem Wissen in der Weise entgegen, daß es nach Möglichkeit in den Gemeinden Landamtschulen zu eröffnen suchte. Zur Heranbildung von Küster-Schulmeistern und Lehrern für die Kirchen und Privatschulen eröffneten die Kolonialgemeinden 2 Zentralschulen: 1857 die Katharinenstädtische und 1867 die Lejnoj-Karamysch'sche (Grimmer), beide im Gouv. Sjaratow. Wiederum bei Gelegenheit der Eröffnung der

Realschule in Ramyschin (Gouv. Sjaratow) im Jahre 1873 warfen die Gemeinden im Ramyschinschen Bezirk unter Anregung des betreffenden Landamts eine ganze Reihe von Stipendien aus zur Ausbildung armer Kolonistenjöhne in dieser Schule, in der Erwartung, dieselben würden als deutsche und russische Lehrer in den Kolonialgemeinden tätig sein, welche Hoffnung auch nicht getäuscht worden ist.—Aber auch die Geistlichkeit stand nicht müßig da und suchte den Bildungsgrad der Küster-Schulmeister zu heben: vor und nach Eröffnung der beiden Zentralschulen, als diese sich außer stande erwiesen, gute Küster-Schulmeister heranzubilden, machte sie wiederholt die energischsten Versuche zur Gründung eines Küster-Schulmeisterseminars. Allein alle diese durch das schreiendste Bedürfnis nach guten Lehrkräften für die Kolonialschulen damals und noch heute dringend notwendigen Anstrengungen der Geistlichkeit sind stets an der leidigen Geldfrage gescheitert. — Im allgemeinen aber hatte sich dennoch unter Mitwirkung der Landämter gegen das Ende der 80-er Jahre eine friedliche und erfreuliche Lösung der allerdings recht schwierigen Schulfrage in den Wolgakolonien angebahnt. Überall regte sich in den Gemeinden in ihren gebildeteren und einsichtsvolleren Gliedern ein freudiges Schaffen und Bestreben, das Schulwesen zu heben. Wäre diesem Bestreben von seiten der Regierung ein wohlwollendes Entgegenkommen zuteil geworden, indem für die zahlreichen Schulen in den Kolonien aus der Zahl der Kolonisten tüchtige Volksschullehrer in guten Lehrerseminaren herangebildet und mit Beihilfe des Staates angestellt worden wären, und wären ferner neben der allmählichen Umgestaltung des Schulwesens nationale und kirchlich-religiöse Eigentümlichkeiten oder auch Bedürfnisse der Kolonialbevölkerung in humaner Weise berücksichtigt worden,—wahrlich, das Schulwesen in den Kolonien würde gegenwärtig in vieler Hinsicht ein erfreulicheres Bild darbieten und sich der Sympathien der Bevölkerung weit mehr erfreuen, als beides leider zurzeit der Fall ist. — Aber statt solch eines wohlwollenden, ruhigen, leidenschaftslosen und planmäßig geordneten Einwirkens auf den ferneren Entwicklungsgang des Kolonialschulwesens kamen die 90-er Jahre mit ihren tendenziösen, ungeduldrigen und hastigen Schulreformen in unseren Kolonien die nicht immer den heiligsten und teuersten Gefühlen der Bevölkerung Rechnung trugen. Durch das Ministerium der Volksaufklärung, dem die Kolonialschulen seit 1881 unterstellt worden waren, erging 1891 an die Küster-Schulmeister die Vorschrift, binnen zweien Jahren sich für das russische Volksschullehrerexamen vorzubereiten und dann gleichzeitig in den Schulen mit dem Unterricht der russischen Sprache zu beginnen. Als eine große Anzahl von Schulmeistern wegen mangelhafter Kenntnis des Russischen unmöglich diese Forderung erfüllen konnte und als diese durch das kirchliche und durch das Schulamt und die übergroße Schülerzahl über alles Maß hinaus überbürdeten Schulmänner nur geringe Resultate im Russischen in ihren Schulen aufweisen konnten, wurden die Gemeinden gezwungen, einen besonderen Lehrer für russische Sprache, Rechnen und Schreiben aus eignen Mitteln anzustellen. Den widerstrebenden Gemeinden wurden durch Schul- und Polizeibehörden die Kirchenschulen geschlossen und sogar der durch den Schulmeister während des Winters zu erteilende Konfirmandenunterricht mit den 14- und 15-jährigen Knaben und Mädchen untersagt, so lange die Gemeinden sich nicht willig erzeigten zur Anstellung eines russischen Lehrers.



Als auch jetzt noch die Resultate höchst kläglich ausfielen, wurde von einzelnen Inspektoren die allerdings von ganz richtigen pädagogischen Erwägungen geleitete Verordnung getroffen, daß bei 2 Lehrkräften (Schulmeister und russischem Lehrer) nicht mehr als 200 Schüler die Gemeindegemeinschaft besuchen dürfen; wollte man aber auch die übrigen Schulkinder zur Schule schicken, so habe man mehr Lehrer anzustellen. So waren also die übrigen, oft nach Hunderten zählenden schulpflichtigen Kinder vom Schulbesuch ausgeschlossen; zuwider den Allerhöchst bestätigten Regeln von 1840 und zuwider den Bedürfnissen und Verordnungen der evangelischen Kirche, die Konfirmation nur zu vollziehen an Kindern, die zu lesen verstehen und mit den Hauptwahrheiten des christlichen Glaubens bekannt sind. Es wurden ferner in Kirchen- und Landamtschulen oft Lehrer russischer Nationalität durch die Inspektion angestellt, die der örtlichen Sprache gar nicht mächtig waren; es wurden die Feiertage der russischen Kirche in vielen Schulen beobachtet und es wurde ferner die russische Unterrichtssprache eingeführt für unsere ohnehin gar wenig entwickelten Kolonistenkinder, bei denen der Unterricht sogar in der eigenen Muttersprache nicht immer zum erwünschten Ziele führt.

Immer noch unzufrieden mit den Fortschritten in der russischen Sprache, begannen die Inspektoren durch persönlichen Druck die Anstimmung auch an die Küster zu stellen, der russischen Unterrichtssprache sich beim Religions- und Deutschunterricht zu bedienen, und einer derselben, der Inspektor des Sjaratowschen Bezirks, Losanow, ließ sich sogar zum Erlaß eines offiziellen gegenwärtigen Schreibens in dieser Richtung hinweisen, indem er den Unterricht in der Religion und in der Muttersprache in russischer Sprache zu erteilen befahl und dem betreffenden Religionslehrer 1902 also vorschrieb: „Erteile Ihnen hiermit die Erlaubnis zum Beginn des Unterrichts in der Religion und in der deutschen Sprache in der Landamts-Gemeindegemeinschaft zu Jagodnaja Poljana. Dabei haben Sie den Unterricht in den genannten Gegenständen in der Reichssprache, in russischer Sprache, zu erteilen.“

Ein Teil dieser oft mit Unterstützung der administrativen Behörden durchgeführten Maßregeln wirkte höchst befremdend, teils sogar sehr verbitternd auf die Bevölkerung. Ihr kirchlich-evangelischer Sinn, von dem ja ihre ganze Lebensanschauung durchdrungen ist, empfand es tief schmerzlich, daß ihre heiligen und teuren Güter, der Unterricht in der väterlichen Religion und die Vorbereitung zu der im Leben des evangelischen Christen gar wichtigen kirchlichen Handlung der Konfirmation, sowie der Unterricht in der Muttersprache ganz und gar vom Erlernen der russischen Sprache und den Fortschritten in derselben abhängig gemacht wurde, und daß zur Erreichung dieses Zweckes sie gar zur Unterhaltung von Lehrkräften gezwungen wurden, die ihre ökonomische Leistungsfähigkeit oft überstieg, bei der Anstellung von Lehrern aber jede Mitwirkung der Gemeinden ausgeschlossen war. Alles dieses, sowie ferner das Drängen der Schulinspektion auf Erlernen der russischen Sprache oft unter Vernachlässigung der Religion und der Muttersprache (letzteres besonders in den Landamtschulen), ferner das Einhalten orthodoxer Feiertage in unseren evangelischen Schulen, die Anstellung von russischen Lehrern, die sich mit ihren kleinen Schülern gar nicht verständigen konnten, die hier und da gemachten Versuche, sogar die Muttersprache und die Religion in einer den

Kindern wenig bekannten Sprache zu unterrichten, erfüllt die Herzen der Eltern mit Mißtrauen gegen die heutige Schule und hat sie auf den Verdacht gebracht, daß hier ganz andere als nur Aufklärungsmotive von Seiten der Regierung wirksam seien, und auf diese Weise konnte es denn geschehen, daß oft auch wohlgemeinten Bestrebungen einzelner Inspektoren zu deren Befremden ein scheinbar ganz unvernünftiger, starrköpfiger passiver Widerstand von Seiten der Bevölkerung entgegengesetzt wurde, indem beispielsweise den Schulkindern nicht einmal die nötigen russischen Schulbücher, Hefte und Tafeln von den Eltern angeschafft wurden und solches von der Gemeindegemeinschaft auf Kosten der Gemeinde besorgt werden mußte. Es darf uns daher gar nicht wundernehmen, wenn unter solchen trüben Verhältnissen das eine Zeitlang so fröhlich blühende Privatschulwesen in unseren Kolonien fast gänzlich verschwunden ist.“

Soweit der Rückblick im Entwurf einer Schulreform, aufgestellt von der evangelischen Geistlichkeit in den Wolgatalonien.—Landamtschulen hat es bei uns im Kaukasus natürlich nicht gegeben, da die Landschafts-Selbstverwaltung hier bisher nicht eingeführt worden ist. Eine Zentralschule hat es bei uns auch nicht gegeben; von einem Real-Gymnasium erst recht zu geschweigen. Wohl aber hat in einigen Kolonien, wie z. B. in Helenendorf (Transkaukasien), eine Abend-Fortbildungsschule für 14—18 jährige Jünglinge bestanden, wo neben Religion das Russische, das Deutsche, Rechnen, Geschichte und Geographie gelehrt wurden, und deren Zweck darin bestand, die von jenen in der Gemeindegemeinschaft erworbenen Kenntnisse zu befestigen oder auch zu vertiefen. In den 80-er Jahren bestand in Helenendorf sogar eine Zeitlang eine Art von höheren Kursen, in denen neben den beiden Sprachen, der russischen und der deutschen, auch Latein, allgemeine Geschichte, Kirchengeschichte, Naturwissenschaften, Geometrie und Algebra (mit Benutzung der Logarithmentafel) und einige andere Fächer vorgetragen wurden. Latein und Kirchengeschichte wurden durch den örtlichen Pastor, weil. Oberpastor Müller, gelehrt; für die übrigen Gegenstände waren besondere Lehrer angestellt. Die höheren Kurse besuchten die befähigteren Absolventen der Abend-Fortbildungsschule. Einige von ihnen haben hernach die staatliche Lehrerprüfung bestanden. In der Kolonie Katharinenfeld (Transkaukasien) haben gleichfalls Kurse für die Ausbildung von Lehramtskandidaten bestanden.—Gegenwärtig gelten in den Gemeindegemeinschaften die Regeln vom Jahre 1881, d. h. in den unteren Klassen wird in deutscher, in den oberen in russischer Sprache unterrichtet (offiziell wenigstens). Dieser Zustand besteht seit dem vorigen Jahre—mit ausdrücklicher Genehmigung der zuständigen Schulinspektoren, bis die Frage über die Unterrichtssprache durch die Schul-Kommission, welche im vorigen Jahre auf Befehl des Statthalters in Tiflis tagte, deren Tätigkeit aber durch die Ereignisse des vorigen Spätherbstes unterbrochen wurde, entschieden werden wird. Es ist das also nur ein zeitweilig gebilligter, teilweiser Unterricht in der Muttersprache, der heute ungestört ausgeübt wird, morgen aber schon aufgehoben werden kann. Diese vorübergehende Verfassung zu einer beständigen und zwar mit dem Unterricht in der Muttersprache in allen Klassen und in allen Fächern (außer Russisch, Geschichte und Geographie Rußlands) zu machen, muß jedem deutschen Kolonisten am Herzen liegen.

Lazitus.

(Schluß folgt).

Aufruf an die Deutschen Südrusslands.

(Nach der „Odesser Zeitung“).

„Der Sturm, der über das politische Leben des russischen Reiches dahingeht, hat u. a. auch die bisherige Russifikationspolitik hinweggefegt, unter der die Untertanen nichtrussischer Nationalität im Laufe der letzten Jahrzehnte geseufzt haben. Ueberall sind diese wieder zum Bewußtsein ihres Volkstums gekommen. So auch wir Deutsche. Wenn je, so ist jetzt der Augenblick gekommen, wo uns die Möglichkeit geboten wird, unser Deutschtum zu retten, durch engen Zusammenschluß zur gemeinsamen Abwehr gegen künftige Einflüsse, die unsere deutsche Eigenart, d. h. unsere deutsche Muttersprache, unseren angestammten Glauben und unsere wirtschaftlichen Interessen bedrohen könnten.

Schon zu Beginn dieses Jahres versammelte sich ein Kreis von Deutschen Odessas und bildete die „südrussische deutsche Gruppe“ mit dem Zwecke zu den Dumawahlen Stellung zu nehmen, und einen beständigen Zusammenschluß aller Deutschen Südrusslands anzubahnen. Die von dieser Gruppe ausgearbeiteten Statuten eines „Südrussischen Deutschen Vereins“ sind nunmehr obrigkeitlich bestätigt worden, und es steht einer weiteren Entwicklung nichts mehr im Wege.

Der „Südrussische Deutsche Verein“ verfolgt hauptsächlich kulturelle Zwecke, indem er darauf hinarbeitet die deutsche Sprache in Haus und Schule zu pflegen, das wirtschaftliche Leben der Deutschen zu stärken, den Armen, Kranken und wirtschaftlich Schwachen zu Hilfe zu kommen, und die Bestrebungen anderer ähnlicher deutscher Vereine im Reiche zu unterstützen. Außerdem soll der Verein aber auch politisch erziehend wirken und in den Deutschen echte Vaterlandsliebe, tatkräftigen Bürgerfönn und Verständnis für die durch die Ereignisse der letzten Zeit veränderte politische Lage des Reiches entwickeln. Alles dieses kann aber nur dann geschehen, wenn der Verein eine möglichst große Zahl von Mitgliedern haben wird. In den Statuten des Vereins ist es vorgesehen, daß Mitglied des Vereins jeder russische Untertan deutscher Nationalität, ohne Unterschied des Geschlechts und des Standes werden kann, sofern er mündig und gerichtlich unbescholten ist. Um den Beitritt möglichst vielen zugänglich zu machen, ist der Mitgliedsbeitrag auf einen Rubel festgesetzt worden. Die Tätigkeit des Vereins kann sich laut Statuten über den ganzen Süden Russlands und auf den Kaukasus erstrecken, wofönn sich dort Abteilungen des Vereins bilden sollten.

Das zeitweilige Komitee des Vereins wendet sich nun an alle diejenigen Deutschen russischer Untertanenschaft, die ihre Liebe zu ihren Stammesgenossen und ihrer Muttersprache noch nicht verloren haben, und die sich noch mit Stolz zu Gliedern eines Volkes zählen, das auf allen Gebieten des menschlichen Lebens Großes und Unvergängliches geleistet hat, mit der Aufforderung, dem Vereine beizutreten, um mit Rat und Tat an den großen Aufgaben mitzuarbeiten, die sich der Verein gesetzt hat. Ganz besonders rechnet der Verein auf den Beitritt deutscher Frauen, denen hier ein weites Tätigkeitsfeld winkt; ihr Einfluß auf die heranwachsende Jugend ist ja ein ausschlaggebender.

Es ergeht hiermit die dringende Aufforderung an alle deutschen Männer und deutschen Frauen russischer Untertanenschaft, die im Süden Russlands wohnen, ohne Unterschied des

Standes u. der politischen Ueberzeugung, dem „Südrussischen Deutschen Vereine“ baldmöglichst beizutreten. Alle, die in ihrer deutschen Eigenart ein teuerwertes Gut erblicken, das sie auf ihre Kinder und Kindeskinde vererben wollen, müssen sich zusammenschließen, denn nur Einigkeit macht stark, Zersplitterung aber ist nationaler Tod.

Anmeldungen werden von den Mitgliedern des zeitweiligen Komitees in Odessa angenommen:

Dr. med. J. Flemmer, Sadowaja Nr. 20.—Dr. med. D. Walter, Sadowaja Nr. 15.—Redakteur K. Wilhelm, Kondratenko-Str. Nr. 20.—W. Tröster, Troizkaja Nr. 18.—Pastor v. Willigerode, Haus der luth. Kirche.—F. Theurer, Deribas-Str., Haus Kind-Wagner.—Dr. med. A. Rosenberg, Nowosselskaja Str. Nr. 71.—Dr. med. N. Käser, Deribas-Str. Haus Kind-Wagner—Redakteur J. Stein, Olgijewskaja Str. Nr. 27.—Dr. med. A. Schwarz, Kanatnaja Str. Nr. 9.—P. Hölder, Kondratenko-Str. Nr. 33.—K. Hasselblatt, Peregyp, Gasanstalt.—J. Gerhardt, Witte-Str. 33.—L. Kowats, Maneschnaja Str. Nr. 36.“

Obigem Aufrufe haben wir mit Freuden Raum gegeben, in der Erwartung, daß zunächst ein Zusammenschluß auch der im Kaukasus lebenden Deutschen so oder anders stattfinden werde, zumal die Wahlen vor der Tür sind und es daher durchaus wünschenswert erscheint, daß die „Deutsche Gruppe des Kaukasus“ sich vor allem beizeiten dessen bewußt würde, mit welcher Partei sie am geeignetsten und zweckmäßigsten Hand in Hand gehen könnte, da ja bei der bestehenden Wahlordnung gar nicht damit zu rechnen ist, daß wir, Deutschen, einen eigenen Vertreter in die Duma zu entsenden in der Lage sein werden. „Der Anschluß Einzelner an die „Südrussische Deutsche Gruppe“ verspricht selbstverständlich keinen nennenswerten Erfolg. Anders wenn wir als Gruppe durch Verständigung mit jener in den Stand gesetzt würden, unsere Interessen den Abgeordneten deutschen Stammes, welche die bei weitem zahlreichere deutsche Bevölkerung der Gouvernements Bessarabien, Cherson und Taurien ganz gewiß von sich aus in die Duma bringen werden, anzuvertrauen. So würden wir in jedem Falle besser fahren, als das vorige Mal, wo infolge der Zersplitterung der Stimmen unter den Deutschen überhaupt nicht mal ein Kartell mit irgend einer der in Rußland bestehenden einflussreicheren Parteien abgeschlossen wurde. Unsere Interessen hätte somit in der Reichsduma niemand vertreten. Eine Vereinigung der deutschen Wähler müßte von Tiflis ausgehen; dann würden die Kolonien, möglicherweise unseren Standpunkt in den politischen Fragen teilend, sich uns anschließen. Das gilt zunächst für Transkaukasien. Der nördliche Kaukasus dürfte natürlich nicht nachstehen und schließlich wäre die „Gruppe“ beisammen. So bildeten die beiden Gruppen, die südrussische und die kaukasische, ein Ganzes. Von dort aber bis zu einem Zusammenschluß aller Deutschen in Rußland zu einem „Allrussischen deutschen Verein“ (vgl. „Deutsche Bestrebungen und ihre Ergebnisse“ in Nr. 17 unseres Blattes) wäre es dann nicht mehr weit. Ihr deutschen Wähler von Tiflis, die Anregung muß von Euch ausgehen. Ans Werk—es ist hohe Zeit!

Aus dem Leben der evangelischen Gemeinden Nordkaukasiens.

(1. Fortsetzung aus Nr. 16).

Das Kirchspiel Stavropol. Zum Kirchspiel Stavropol gehört zunächst die Stadtgemeinde gleichen Namens ferner 12 Kolonien und wol ebensoviel Chutore in der Kalmücken- und Truchmenensteppe. Da die einzelnen Gemeinden mehrere 100 Werst von einander zerstreut liegen, so ist ihre Bedienung eine ungemein schwierige. Daher erklärt es sich denn auch, wenn hier noch manches im Argen liegt, zumal die meisten Gemeinden nur 2 Mal jährlich vom Prediger besucht werden. Dennoch ist ein merklicher Fortschritt zum Besseren in den letzten Jahren zu verzeichnen, seit das Gouvernement seinen eigenen Seelsorger hat. Weltlicher Sinn und sektiererische Propaganda fanden hier fruchtbaren Boden und wucherte das Unkraut so üppig empor, daß es den guten Weizen in manchen Gemeinden vollständig zu verdrängen drohte. Besonderer Gefahr waren die Kolonien Karlsruhe, Friedrichsfeld und Deutsch-Chaginsk ausgesetzt. In den beiden letztgenannten Gemeinden hat der Baptismus derart überhand genommen, daß nur noch die Hälfte der Einwohner dem evang.-luth. Bekenntnisse angehört. In Friedrichsfeld herrscht überhaupt eine babylonische Glaubensverwirrung, denn wir finden hier Lutheraner, Baptisten, Adventisten, Sabbatharier, Katholiken und Reformierte in buntem Durcheinander, selbst in einzelnen Familien, sodaß es bei vorkommenden Amtshandlungen dem Prediger oft schwer fällt den gordischen Knoten zu lösen, und bedarf es einer gründlichen Rechtskenntnis, um bei den vielfach verwickelten Angelegenheiten der Leute den gesetzlichen Standpunkt zu wahren. Gar mancher Lutheraner hat eine chamäleonartige Wandlung in seiner Glaubensstellung durchgemacht, bis er wieder in dem Hafen seiner evangelischen Kirche gelandet ist. Viele haben dabei aber auch Schiffbruch gelitten und sind vollständige Gottesleugner geworden. Ueberhaupt ist der böse Feind geschäftigt gewesen in seinem Zerstörungswerk, sodaß es jahrelanger ernster Arbeit bedarf, bis wieder frommer Sinn u. christliches Leben zur Herrschaft gelangen werden. Die schlimmsten Auswüchse trieb das Sektenwesen vor Jahren in der Kolonie Karlsruhe, wo von den Adventisten 2 reine Jungfrauen geopfert werden sollten, auf daß der Herr doch bald erscheine. Zum Glück erfuhr von diesem ruchlosen Vorhaben die Gebietsverwaltung und verhinderte die Ausführung desselben durch energisches Einschreiten. Ein anderes Mal hatten die Adventisten infolge der Weissagung einer angeblichen Prophetin sämtliche Vorräte verzehrt und versammelten sich an dem bestimmten Tage auf offenem Felde, um die Wiederkunft des Herrn zu erwarten. Als der Abend nahte

und alles beim Alten blieb, gingen sie als arme, hungerige Leute auseinander. Diese Erfahrung hat dem einen Mann die Augen geöffnet, daß er reumütig zu seiner Mutterkirche zurückgekehrt ist. Frei von sektiererischen Einflüssen haben sich die dicht neben Karlsruhe (2—3 Werst) gelegenen Gemeinden: Wilhelmshöh, Hermannsburg u. Johannesheim gehalten, was sich wol dadurch erklärt, daß die Preußen und Plattdeutschen, die hier wohnen, nüchtern denkende Leute sind, welche in Liebe an ihrer evangelischen Kirche hängen. Einen Lichtblick gewähren die Kolonien Martinsfeld u. Bethel, deren Einwohner zum größten Teil aus der Rheinprovinz stammen, wo sie als Bergleute ihr Leben kümmerlich gefristet haben. Es sind fleißige, nüchterne Menschen, die Gottes Wort lieb haben und von weltlichem Treiben sich fern halten. Man fühlt sich wohl inmitten dieser braven früheren Bergleute, denen man heute noch die Schwere ihres ehemaligen Berufes anmerkt. Die stete Lebensgefahr und das Gefühl göttlichen Schutzes im dunklen Erdenchoß mag sie zu ernsteren und gefestigteren Christen herangezogen haben. So wechseln Licht und Schatten wie Tag und Nacht im religiösen Leben der Gemeinden des Gouvernements Stavropol. Ach, daß die Nacht bald vollständig schwinden und der ewig helle Tag anbrechen möge! Auch zwei estnische Gemeinden (Podgornoje und Estnisch-Chaginsk) gehören zum Kirchspiel Stavropol, so daß der Prediger der estnischen Sprache mächtig sein muß. Die hier wohnenden Esten sind fleißige Arbeiter und tüchtige Wirte, auch sorgen sie gut für Kirche und Schule. Das Kirchspiel zählt im Ganzen etwa 8500 Seelen, welche sich folgendermaßen auf die einzelnen Gemeinden verteilen: Dowsuusk (Gesamtbezeichnung für die 4 Kolonien Karlsruhe, Wilhelmshöh, Hermannsburg und Johannesheim) 3000 Seelen, Martinsfeld 450 Seelen, Bethel 100 Seelen, Friedrichsfeld mit Blumenfeld 200 Seelen, Deutsch-Chaginsk 800 Seelen, Estnisch-Chaginsk 800 Seelen, Johannesdorf 500 Seelen, Stavropol 350 Seelen, Podgornoje 1200 Seelen; Besmenow-Chutor 80 Seelen, Jfobilnaja 100 Seelen, Tempelhof 400 Seelen, Neue-Chutore 500 Seelen.

(Fortsetzung folgt). Pastor Bouwetsch.

Volkswirtschaftslehre, ihre Entstehung und Entwicklung.

Nach Prof. Fleischner von Karl Buschbaum.

(Fortsetzung)

a. Das merkantilistische System.

Mit dem Ausdrucke Merkantilisten bezeichnet man die Schriftsteller des 17. Jahrhunderts, weil die meisten von ihnen von dem Gedanken ausgingen, daß der Reichtum eines Landes nur von seinem Handel und großem Geldebesitz, wie von seinem Vorrat an Edelmetallen abhängt. Es müsse demnach der Berg-

bau (Gold u. Silber) mit allen Mitteln gefördert werden, weiß der Staat für Vermehrung des umlaufenden Geldes zu sorgen habe. Aber auch dem Außenhandel sei eine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, damit die Handelsbilanz eine günstige werde, und mehr Geld in das Land hineinkäme, als hinausgeführt wird.—Um neue Absatzgebiete für die heimischen Produkte zu schaffen, sei ferner der Besitz von Kolonien zu erstreben, und zwar vorwiegend von solchen, in welchen sich Edelmetalle befinden. So bildete sich damals schon eine Kolonialpolitik aus, die heute einen großen Umfang angenommen hat, und die von dem Bestreben geleitet ist, dem Mutterlande Absatzquellen für seine Produkte zu schaffen. Es wurden daher hauptsächlich jene Industriezweige geschätzt, die wertvolle Produkte für den Außenhandel lieferten. Die Landwirtschaft wurde weniger beachtet. Die einheimische Industrie wurde also in einzelnen ihrer Zweige vom Staate geschützt, indem strenge Zollgrenzen und Schutzzölle geschaffen wurden, damit die Einfuhr von Fabrikaten, sowie die Ausfuhr von Rohprodukten verhindert oder mindestens erschwert werde. Man trachtete danach, das Geld dem Inlande zu erhalten, weil es als das wichtigste Spar- und Tauschmittel angesehen wurde. Durch Steigerung des allgemeinen Wohlstandes und des Geldumlaufs suchte man auch eine größere Bevölkerungszunahme zu erzielen, wodurch der Industrie wieder neue Arbeitskräfte zugeführt wurden.—Um sich von der Konkurrenz fremder Staaten zu schützen, schloß man Handelsverträge ab.—Die Lehre der Merkantilisten muß jedoch als eine einseitige bezeichnet werden. Man erwartete zuviel von dem staatlichen Einfluß. Die Regierung sollte das ganze volkswirtschaftliche Leben leiten und lenken.

Auch überschätzte man den Wert des Geldes, das man mit Kapital verwechselte. Der Wert des Geldes darf nicht nach seiner Menge, sondern nach der Geschwindigkeit seines Umlaufes berechnet werden. Ferner hatten die Einfuhrverbote eine Verteuerung der Waren für die Konsumenten zur Folge.

b. Das physiokratische System.

Es währte dennoch bis ins 18. Jahrhundert, bis man allseits die Irrtümer und die Einseitigkeit des Merkantilsystems einsah. Als Urheber der neuen wirtschaftlichen Grundsätze kann man den Leibarzt Ludwigs XV Francois Quesnay ansehen. Er bildete ein neues volkswirtschaftliches System aus, das als physiokratisches oder naturrechtliches bezeichnet wird. Sein System, das den Reichtum eines Volkes aus der Natur und ihren Schätzen ableitet, stellt sich in scharfen Gegensatz zur Verherrlichung des Geldwertes, sowie zu der einseitigen Begünstigung von Handel und Industrie auf Kosten der Landwirtschaft, die durch die Ausfuhrverbote für Rohstoffe zu Schaden kam. Die Hauptpunkte seiner Lehre lauten: Die hauptsächlichste Quelle des Reichtums einer Nation bildet die Natur, d. h. Grund und Boden; daher ist die Urproduktion, d. h. die Bodenkultur, als die einzig produktive und einen Reinertrag abwerfende Wirtschaftsform zu fördern, denn sie gewährt nicht bloß dem Ackerbauer selbst den Unterhalt, sondern sie ernährt auch die industriellen und kommerziellen Kreise und wirft überdies noch einen solchen Überschuß ab, daß mit demselben die Kosten der Staatsverwaltung gedeckt werden können. Zwar ist die Industrie auch notwendig, aber sie, die nur in einer Umformung der Bodenprodukte besteht, ist nicht selbst in diesem Maße produk-

tiv und kann daher auch nicht den Volkswohlstand vermehren; dasselbe gilt vom Handel, der zwar den Ackerbau fördert, für den Gütererwerb aber wenig Produktives schafft. Beide, Handel und Industrie, erhöhen den Wert der Stoffe nur so viel, als die darauf verwendete Arbeit kostet; einen Überschuß können sie nicht erzielen.

Es sei daher eine landwirtschaftliche Ertragssteuer zu empfehlen, während alle übrigen indirekten Steuern zu entfallen hätten. Ebenso seien auch alle vom Merkantilsystem befürworteten Privilegien, Fronnen, Schutzzölle und Taxen aufzuheben und auch die künstliche Vermehrung des Geldes sei nicht anzustreben, weil auf diese Art das Geld nur entwertet wird. Jede Grenzabsperrung soll aufhören, weil es im Interesse einer blühenden Volkswirtschaft gelegen ist, daß die Völker sich näher kennen lernen, anstatt von einander getrennt zu bleiben. Auch verwerfen die Physiokraten jede staatliche Einmischung in die Angelegenheiten des Handels und der Industrie, weil alles gesellschaftliche und staatliche Leben allgemeinen festen Naturgesetzen unterworfen sei und nur auf dem Boden der Freiheit des Individuums stetig gedeihen könne.

Diese Lehren sind zwar ebenso einseitig, wie jene der Merkantilisten, doch haben sie wesentlich zur Klärung der Meinungen in volkswirtschaftlichen Dingen, sowie zur Hebung der Landwirtschaft beigetragen.

(Schluß folgt).

Literatur und Kunst.

Das Haidedorf.

von Adalbert Stifter.

(Fortsetzung).

3. Das Haidedorf.

Des ersten Abends war es öde und verlassen, und den beiden Eltern tat das Herz weh, als sie in der Dämmerung des Sommers zu Bett gingen, und auf seine leere Schlafstelle sahen. Um denselben Menschen, der vielleicht eben jetzt noch auf dürrer Heerstraße wanderte, und von keinem beachtet, ja von den meisten verachtet wurde, brachen fast zwei naturrohe Herzen im entlegenen Haidehause, daß sie ihn von nun an, vielleicht auf immer entbehren sollten; aber sie drückten den Schmerz in sich, und jedes trug ihn einsam, weil es zu schamhaft und unbeholfen war, sich zu äußern.

Aber es kam ein zweiter Tag, und ein dritter, und ein vierter, ein jeder spannte denselben glänzenden Himmelsbogen über die Haide, und funkelte nieder auf die Fenster und das altgraue Dach des Hauses ebenso freundlich und lieblich, wie als er noch dagewesen war.

Und dann kamen wieder Tage und wieder Tage.

Die Arbeit und Freude des Landmannes, durch Jahrtausende einförmig, und durch Jahrtausende noch unererschöpft, zog auch hier geräuschlos und magisch ein Stück ihrer uralten Kette durch die Hütte, und an jedem ihrer Glieder hing ein Tröpflein Vergessenheit.

Die Großmutter trug nach wie vor ihren Holzschemel auf die Wiese und betete daran, und sie und kleine Marthe fragten täglich, wann denn Felix komme. Der Vater mähte Roggen und

Gerste—die Mutter machte Käse und band Garben—und der fremde Ziegenbube trieb täglich auf die Haide. Von Felix wußte man nichts.

Die Sonne ging auf und ging unter, die Haide wurde weiß und wurde grün, der Hollunderbaum und der Apfelbaum blühten vielmal—klein Marthe war groß geworden und ging mit, um zu heuen und zu ernten, aber sie fragte nicht mehr, —und die Großmutter, ewig und unbegreiflich hinaus lebend, wie ein vom Tode vergessener Mensch, fragte auch nicht mehr, weil er ihr entfallen war, oder sich zu ihren heimlichen Phantasiegestalten gesellt hatte.

Die Felder des Haidebauers besserten sich nachgerade, als ob der Himmel seine Einsamkeit segnen und ihm vergelten wollte, und es wurde ihm so gut, daß er schon manchen Getreidesack aufladen und mit schönen Ochsen fortführen konnte, wofür er dann einige Taler Geldes und Neuigkeiten von der Welt draußen heimbrachte. Einmal kam auch ein Schreinergefelle mit seinem Wanderpack zu Vater Niklas, dem Haidebauer, und brachte einen Gruß und einen Brief von Felix und sagte, daß derselbe in der großen, weit entfernten Hauptstadt ein schmucker, fleißiger Student sei, daß ihn alles Liebe, und daß er gar eines Tages Kaplan in der großen Domkirche werden könnte. Der Schreinergefelle wurde über Nacht im Haidehause gut gehalten und ließ eitel Freude zurück, als er des andern Tages in entgegengesetzter Richtung von dannen zog. So kam es, daß jedes Jahr ein- oder zweimal ein Wandersmann den Umweg über die Haide machte, dem schönen, freundlichen, handsamen Jüngling zuliebe, der gern einen Gruß an sein liebes Mütterchen schicken wollte. Ja sogar einmal kam einer geschritten und malte das Häuschen samt dem Brunnen und Flieder- und Apfelbaum.

Auch andere Veränderungen begannen auf der Haide. Es kamen einmal viele Herren und vermaßen ein Stück Haideland, das seit Menschengedenken keines Herrn Eigentum gewesen war, und es kam ein alter Bauersmann und zimmerte mit vielen Söhnen und Leuten ein Haus darauf, und fing an, den vermessenen Fleck urbar zu machen. Er hatte fremdes Korn gebracht, das auf dem Haideboden gut anschlug, und im nächsten Jahre wogte ein grüner Ahrenwald zunächst an Vater Niklas Besitzungen, wo noch im vorigen Frühling nur Schlehen und Liebfrauenstul geblüht hatten. Der alte Bauer war ein freundlicher Mann, ein Mann vieler Kenntnisse, und teilte gern seinen Rat und sein Wissen und seine Hilfe an die früheren Haidebewohner, und hielt gute Nachbarschaft mit Vater Niklas. Sie fuhren nun beide gar in die Stadt, verkauften dort ihr Getreide weit besser, und am Getreidemarkt im goldenen Roß waren die Haidebauern wohl gekannt und wohlgelitten.

Nach und nach kamen neue Ansiedler; auch eine Straße wurde von der Grundherrschaft über die Haide gebahnt, so daß nun manchmal des Weges ein vornehmer Wagen kam, desgleichen man noch nie auf der Haide gesehen. Auch des alten Bauers Söhne bauten sich an, und einer, sagte man sich ins Ohr, werde wohl schön Marthens Bräutigam werden. Und so, ehe sieben Jahre ins Land gegangen, standen schon fünf Häuser mit Ställen und Scheunen, mit Giebeln und Dächern um das kleine, alte, graue Haidehaus, und Felder und Wiesen und Wege und Zäune gingen fast bis auf eine Viertelstunde Wegs gegen den Roßberg, der aber noch immer so einsam war, wie sonst;—und am Panfratiustage hatte Vater Niklas die Freude, zum Richter

des Haideorfes gewählt zu werden,—er der erste seit der Erschaffung der Welt, der solch Amt und Würde auf diesem Fleck bekleidete.

Wieder waren Jahre um Jahre vergangen, die Obstbaumsetzlinge, zarte Stangen, wie sie der alte Nachbarsbauer gebracht und Niklas mitgeteilt hatte, standen nun schon als wirkliche Bäume da und brachten reiche Frucht und manchen Sonntags-trunk an Obstwein.—Marthe war an Nachbars Benedikt verheiratet und sie trieben eigene Wirtschaft.—Die Haide war weiß und wieder grün geworden; aber des Vaters Haare blieben weiß, und die Mutter fing bereits an, der Großmutter ähnlich zu werden, welche Großmutter allein unverwüßlich und unveränderlich blieb, immer und ewig am Hause sitzend, ein träumerisches Überbleibsel, gleichsam, als warte sie auf Felix' Rückkehr. Aber Felix schien, wie einst Jacobus, verschollen zu sein auf der Haide. Seit drei Jahren kam keine Kunde und kein Wandersmann.—In der Hauptstadt, wohin gar Benedikt gegangen, um ihn zu suchen, war er nicht zu finden, und im Amte sagten ihm die Kanzleierherren aus einem großen Buche, er sei außer Landes gegangen, vielleicht gar über das Meer. Der Vater hörte schon auf, von ihm zu reden; Marthe hatte ein Kindlein und dachte nicht an ihn, die Haidebörfler kannten ihn nicht und liebten ihn auch nicht, als einen, der da einmal davongegangen; die Großmutter fragte nur bisweilen nach Jacobus:—aber das Mutterherz trug ihn unverwüßt und schmerzhaft in sich, seit dem Tage, als er von dannen gezogen und an ihrem Busen geweint hatte—und das Mutterherz trug ihn abends in das Haus und morgens auf die Felder—und das Mutterherz war es auch allein, das ihn erkannte, als einmal am Pfingstfesttage durch die Abendröte ein wildfremder, sonnenverbraunter Mann gewandert kam, den Stab in der Hand, das Ränzlein auf dem Rücken, und stehen blieb vor dem Haidehause.

„Felix“ — „Mutter!“

Ein Schrei und ein Sturz an das Herz.

Das Mutterherz ist der schönste und unverlierbarste Platz des Sohnes, selbst wenn er schon graue Haare trägt—und jeder hat im ganzen Weltall nur ein einziges solches Herz.

Das alte Weib brach an ihm fast nieder vor Schluchzen, und er, vielleicht seit Jahren keiner Träne mehr gewohnt, ließ den Bach seiner Augen strömen, und hob sie zu sich auf und drückte sie und streichelte ihre grauen Haare, nicht sehend, daß Vater und Schwester und das halbe Dorf um sie beide standen.

„Felix, mein Felix, wo kommst du denn her?“ fragte sie endlich.

„Von Jerusalem, Mutter, und von der Haide des Jordans.—Gott grüß Euch, Vater, und Gott grüße Euch, Großmutter! Jetzt bleib ich lange bei euch, und beliebt es Gott, auf immer“.

Er schloß der zitternden Vater ans Herz, und dann die alte Großmutter, die fast schamhaft und demütig beiseite stand—und dann noch einmal den Vater, den schönen, alten, braunen Mann mit den schneeweißen Haaren, den er mit noch dichten, dunkeln Locken verlassen hatte, und der doppelt liebenswert da stand durch die unbehilfliche Verlegenheit, in die er dem stattlichen Sohne gegenüber geriet;—das Mutterherz aber, sich immer ihres unverjähbaren Ranges bewußt, zeigte nichts dem Ähnlichen; sie sah nicht seine Gestalt und seine Kleider, sondern ihr Auge hing die ganze Zeit über an seinem Angesicht, und es

glänzte und funkelte und schäumte fast über vor Freude und vor Stolz, daß Felix so schön geworden und so herrlich.

Endlich, als sich sein Herz etwas gesättigt, fiel ihm klein Marthe bei; er fragte nach ihr und sein Auge suchte am Boden umher — allein die Mutter führte ihm ein blühendes Weib vor, mit hellen, blauen Augen ein Kind auf dem Arm, wie eine Madonna, deren er in Welschland auf Bildern gesehen — er erkannte im Kinde klein Marthe, die Mutter des Kindes getraute er sich aber nicht zu küssen, und auch sie stand blöde vor ihm und sah ihn bloß liebevoll an — endlich grüßten und küßten sie sich herzlich als Geschwister, und der ehrliche Benedikt reichte ihm die Hand und sagte, wie er ihn vor zwei Jahren so emsig in der ungeheuersten Entfernung gesucht habe.

„Da war ich im Lande Ägypten“, sagte Felix, „und Ihr hättet mich auch dort kaum erfragt; denn ich war in der Wüste“.

Auch die Bauern und ihre Weiber und Kinder, die sich vor Niklas' Haus eingefunden hatten, und ehrbar neugierig umherstanden, grüßte er alle freundlich, lüftete den Reisehut und reichte ihnen, ob wohl unbekannt, die Hand.

Endlich ging man in das Haus und nach Haidesitte gingen viele Nachbarn mit, und waren dabei, wie er Geschenke und Berichte auspackte. Auf der Gasse wurde es still, die Menschen suchten nach dortigem Gebrauch zeitig ihre Schlafstellen, und die roten Pfingstwolken leuchteten noch lange über dem Dorfe.

(Fortsetzung folgt).

Aus aller Welt.

Das Land der Reformen.

In Richard Seddon, dem Premierminister von Neuseeland, hat Großbritannien soeben einen seiner hervorragendsten kolonialen Staatsmänner verloren. Vor Cecil Rhodes hat Seddon das voraus, daß er nicht das rücksichtslose „Vereichert euch!“ als Maxime aufstellte, sondern die von ihm verwaltete Kolonie mit Erfolg zu einem modernen Musterstaate in politischem und sozialem Sinne zu gestalten bestrebt war. Obwohl die neuseeländischen Reformgesetze noch sehr jungen Datums sind, kann man schon nach den bisherigen Erfahrungen behaupten, Seddon habe den Beweis erbracht, daß ein Zustand sozialer Gerechtigkeit und Zufriedenheit, verbunden mit stetigem Fortschritt, sich erzielen lasse, und zwar ohne die Zwangsform des Kollektivismus. Es gibt wohl kein merkwürdigeres und interessanteres Gemeinwesen auf der Erdoberfläche als diese Kolonie, in der die Eingebornen, die tätowierten Maoris, sich noch durch Reiben der Nasen begrüßen und nur ungern auf Menschenfleisch verzichten, dem sie einen bananenartigen Wohngeschmack nachrühmen, während die 900.000 Kolonisten die fortschrittlichste Organisation und die weisesten Gesetze besitzen. Neuseeland ist kein sozialistischer Staat: die individualistische und kapitalistische Produktion und die freie Konkurrenz sind dort beibehalten worden, nur sind ihre Auswüchse staatlich beseitigt.

„Vor dem Jahre 1890“ — bemerkte einst Richard Seddon „war Neuseeland ein Land, in dem einige wenige übermäßig reich waren, während die große Menge gedrückt und verarmt war. Es gab zahlreiche Obdachlose, viele leerstehende Wohnungen, Arbeitsfähige, die vergebens Arbeit suchten“. In der Darstellung der von Seddon mit Beihilfe von Ballance und Reeves

durchgeführten Reformen lehnen wir uns an die eben erschiene Schrift von A. Boffen „Das Land der sozialen Reformen“ an. (Leipzig, Felix Dietrich, 1906). Die erste Aufgabe, der sich das soziale Ministerium widmete, war die Lösung der Bodenfrage. Der weitaus größte Teil des besten Bodens gehörte elf Bodenkönigen, die der Bevölkerung ihre Bedingungen diktierten und große Strecken als Jagdreviere oder aus Spekulationsgründen unbebaut ließen. Die Regierung erreichte nun die gleichmäßigere Verteilung des gebundenen Landes durch folgende Maßregeln: Zunächst wurde die allgemeine progressive Einkommensteuer eingeführt, welche die kleinen Grundbesitzer steuerfrei beließ, die größeren mit 2½—4 v. H. besteuerte. Ferner besteuerte man den gangbaren Wert des Bodens (Grundwert) auch bei unbebauten Landstrecken. Hierdurch wurden einerseits der Staatskasse Mittel zugeführt, die sie für die Zwecke sozialer Fürsorge verwenden konnte, andererseits wurden die Bodenkönige gezwungen, den unbebauten Boden ehestens urbar zu machen oder zu verkaufen. Die Nachfrage nach Arbeitskräften stieg, die gedrückten Löhne gingen in die Höhe, die künstlich hinaufgeschraubten Bodenpreise sanken, jeder Arbeitslustige konnte nun leicht ein Gütchen erwerben. Ueberdies begann der Staat auch selbst große Landstrecken zu erwerben, um sie an besitzlose Landarbeiter zu billigen Preisen zu verkaufen. Ergänzt wurden diese Reformen durch Gründung einer Landwirtschaftsbank, die kleinen Ansiedlern unter zugänglichsten Bedingungen Darlehen gewährt. Wenn die Regierung einerseits dafür sorgt, daß der Boden möglichst zerstückelt und in intensivster Weise bearbeitet werde, so verhindert sie andererseits, daß menschliche Arbeitskraft brachliege. Ein eigenes Arbeitsministerium hat die Aufgabe, allen Arbeitslosen Beschäftigungen zu verschaffen. Zu diesem Zweck bestehen staatliche Arbeitsnachweistellen, das Ministerium vermittelt zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und befördert jeden Arbeitslosen per Bahn oder Schiff nach dem Arbeitsplatze gegen Zurückstattung des Billetts, sobald der Arbeiter zu verdienen begonnen hat. Diejenigen, die bei Privatunternehmern keine Arbeit finden, beschäftigt das Ministerium bei den Staatsarbeiten. Daß in einem derartig geleiteten Staate für die Industriearbeiter bestens gesorgt wird, ist selbstverständlich. Viele von den betreffenden Einrichtungen findet man auch in anderen Ländern. Worin jedoch Neuseeland allen Staaten voran ist, das ist die vollständige Beseitigung aller Streiks und Arbeiteraussperrungen durch das System der Zwangsschiedsgerichte. Was immer der Gegenstand des Streikes sein möge, die Arbeit darf unter keinen Umständen unterbrochen werden. Die Parteien legen ihre Differenzen zunächst Vergleichskommissionen vor, in letzter Instanz dem staatlichen Schiedsgericht. Sämtliche Schiedsgerichte bestehen aus Vertretern von Arbeitgebern und Arbeitern sowie aus einem unparteiischen Gerichtsbeamten als Obmann. Interessant ist ein Blick auf die bisherigen Ergebnisse der Institutionen Neuseelands. Vor weniger als einem Menschenalter gehörte Neuseeland zu den ärmsten Ländern der Welt. Heute ist es der relativ reichste Staat und steht in seiner Vermögens- und Einkommensverteilung einzig da. Nach Mulhalls „Dictionary of Statistics“ beträgt das Nationalvermögen pro Einwohner in Neuseeland 6000 M., in England nur 5600, in Nordamerika 5290, ebensoviel in Frankreich, in Deutschland 3200. Die jährliche Durchschnittsausgabe stellt sich pro Einwohner in Neuseeland auf 704 M., in England auf 600, in Nord-

amerika auf 660, in Frankreich auf 480, in Deutschland auf 400.

Die evangelischen Missionen in China sehen im nächsten Jahre auf eine hundertjährige Wirksamkeit in China zurück. Im Jahre 1807 landete Robert Morrison als erster evangelischer Missionar in China und begann sein Befeuerungswerk in Kanton in einem Godown, einem anglo-chinesischen Handelshause. Aus diesem bescheidenen Anfange hat sich bis jetzt eine chinesische Kirche von 130,000 Seelen entwickelt. Die 100-jährige Wiederkehr des Tages der Ankunft Robert Morrisons soll am 25. April nächsten Jahres in Schanghai in Gestalt einer Konferenz gefeiert werden. Die Gesamtzahl der evangelischen Missionare in China, einschließlich der Frauen, beträgt gegenwärtig mehr als 3000. Zu der Konferenz sollen jedoch nur Delegierte zugelassen werden, je einer für 10 Mitglieder.

Der Orkan in Florida hat einen Schaden von ca. 100 Mill. Kubel angerichtet. Die Stadt Pensacola ist ein Trümmerhaufen. Fünfzig Schiffe, die beim Ausbruch des Sturmes im Hafen von Pensacola lagen, wurden wrack. In Mobile wurden 5000 Häuser beschädigt. Das Fort Perkins, ein modernes Festungswerk, wurde zerstört. Die Besatzung des Fort, eine Kompagnie Fußartillerie, kletterte auf den höchsten Punkt der Festungswerke. Die Leute banden sich an die schweren Geschütze an, um nicht weggeblasen zu werden. Das dem Fort Perkins gegenüberliegende Fort Mc Rae ist vollständig verschwunden. Das Kriegsschiff „Gloucester“ liegt 200 Meter von der Küste entfernt hoch und trocken. Das Schiff „Wasp“ strandete, und die „Isle de Luzan“ wurde vollständig wrack. Man hegt die schlimmsten Befürchtungen wegen der Kanonenboote „Vixen“ und „Machias“. 19 ausländische Schiffe wurden auf den Strand gesetzt, und 25 Fischerfahrzeuge und hundert kleine Vergnügungsboote sind verschwunden. Die verunglückten englischen Dampfer sind die „Berwind“, „Konfuch“, „Athington“, „Ober“, „Pilur de Larinage“ und „Angelo“. Die Eisenbahnlinie Louisville-Nashville wurde auf die Länge von 50 Kilometern zerstört.

Kirchliche Nachrichten: Tiflis.

Aufgeboren: zum 3. Mal — Hermann Friedrich Schurr und Mathilde Klara Gröbinger; — zum 2. Mal: Adolf Kugel und Margarete Karoline Brodt; — zum 1. Mal: Karl Julius Laping mit Marianna Kowalska (kathol.).
Getauft: 1) Herta Karoline Maier, 2) Edwin Herbert Theodor Surkow.
Gestorben: Luise Lehmann, geb. Wegel, im 67 Jahre.

Lustige Gefe.

Lehrjunge: Aber Herr Meister, von dem Tuche, welches Ihnen der Herr Nachbar zum Anzuge gegeben hat, haben Sie ja ein großes Stück zurückbehalten. Machen Sie sich denn kein Gewissen daraus?

Schneidermeister: Du Schafskopf! Eine Weste mache ich mir draus.

Berrannt. G a st (beim Eintreten ins Wirtshaus): „Donnerwetter! aber es ist ja heute so leer hier! Woher kommt das“?

Kellner: „Ach, gnädiger Herr, bei diesem Sauwetter bleibt ja jeder vernünftige Mensch zu Hause“.

Gutes Mittel: „Wißt Ihr denn kein Mittel, Gevatter“, fragte ein Bauer seinen Nachbar, „um meine Hühner zu verhindern, daß sie über den Zaun in den Garten fliegen?“ — „D ja“, sagte dieser, „Ihr müßt unten in den Zaun Löcher machen“.

Ein Kullerl. Schwämmchen: „Nun, Herr Lämmchen, wie geht's in Ehestande?“

Lämmchen: „Sehr schlecht! Ich darf nicht mehr rauchen, keinen Wein, kein Bier mehr trinken — und ausgehen darf ich auch nicht!“

Schwämmchen: „Da werden Sie die Heirat schon recht bereut haben?“

Lämmchen: „D nein — bereuen darf ich auch nichts!“

Berirrte Sterne. — Eines Tages überraschte der Großfürst Michael von Rußland in Begleitung seines ordenbesetzten Gefolges den berühmten Astronomen Struve auf seiner Sternwarte in Pulkowo (bei St. Petersburg). Struve, der einen solchen Besuch nicht erwartet hatte und in einen alten Schlafrock gehüllt war, zeigte einige Verlegenheit, die sich steigerte, als er bemerkte, daß sich einige mit besonders vielen Orden geschmückte Kammerherren darüber lustig machten. Der Großfürst, der dies sah, wandte sich zu den plötzlich ernst werdenden Herren: „Weshalb lachen Sie?! Wundern Sie sich denn, daß ein Astronom in Bewirrung gerät, wenn er so viel Sterne am falschen Platze sieht?“

Ein Trumpf. „Wißt Du, lieber Bruder, mein Zukünftiger muß alle guten Eigenschaften haben, in jeder Beziehung vollendet sein — Dabei bleib ich stehen!“ — „Nein, Anna — sitzen!“

Briefkasten der Redaktion.

Herrn K. in Baku. Sie ziehen in Ihrem Gedichte allzu grimmig über die Frauen her. Was haben Ihnen denn diese Engel der Erde angetan? Nehmen Sie sich in Acht, denn mit den „schwachen“ Weibern ist nicht zu spaßen. Übrigens möchten wir wissen, ob Sie Ehekrüppel, Junggeselle oder Altgeselle sind.

Herrn W. in T. Für Ihre Erzählung empfehlen wir Ihnen das „Allgemeine Käseblatt“, welches in Burzchube erscheint.

Abonnenten in Annenfeld. Bitten uns mitzuteilen, welche Nummern Sie nicht erhalten haben.

Herrn E. S. in Elisabethtal. Besten Dank! Ihr Aufsatz wird in der nächsten, spätestens in der nach nächsten Nummer zum Abdruck gelangen.

Tiflis. J. C. Nicht druckreif.

Selenendorf. G. D. („die Schweinejäger“) zum Druck nicht geeignet.

Katharinenfeld. Anonymus („S' konsumla ischt a schöna Sach“) zum Druck ungeeignet“.

Verantwortlicher Redakteur

und Herausgeber: Kurt von Kutzschenbach.

Die erste Russische Assecurenz-Compagnie,

gegründet im Jahre 1827,

übernimmt **VERSICHERUNGEN**

1. die basiert sind auf dem menschlichen Leben:

a) gegen **Unfall**,

b) auf den **Todes- oder Erlebensfall**, sowie verschiedener Kombinationen derselben,

c) von **Renten** und dergl.

2. Immobilien und Mobilien gegen **Feuersgefahr**.

Generalagenturen der Compagnie befinden sich:

in **Tiflis, Ssergijewskaja 1.**

in **Baku, Merkurewskaja, S. Tagijew;**

Agenturen: in der Kolonie Selenendorf, (Gubern. Elisabethpol),

Agent Herr F. Frid,

in Eriwan, Agent Herr P. Pissarewki, Nasarowskaja,

Haus Anazakanow.

in Wladikawkas, Frau E. Alfenowa im Hause d. Asowbank,

in Pjatigorsk, Herr Emanuel Hodschajew,

in Armawir, Herr L. Artemow,

in Jekaterinodar, Herr G. Tschistjakow.

Für meine Apotheke und Drogegeschäft suche einen

LEHRLING

Demselben wird hier Gelegenheit geboten mehrere Sprachen zu erlernen und sich mit ausländischen Recepturen u. s. w. bekannt zu machen.

J. Wurst. Droguerie et Pharmacie Ghilan, RESCHT PERSIEN.

W. KESSNER.

Bau & Möbeltischlerei
mit Maschinenbetrieb
empfiehlt sich.

Olgastrasse № 70, Eigenes Haus.

(10—6)

Neu eröffnet das Damenhutmagazin von

M-me MARIE

10—2

Aus Paris zurückgekehrt, halte beständig Damenhüte in grosser Auswahl. Auswärtige Bestellungen werden rasch per Nachnahme ausgeführt. Halte deutsche Directrice aus Berlin.

Golowinski Prospekt, Haus Mirsojew, gegenüber dem Kaiserlichen Theater.

D. S. Saradschew

Tiflis.

Kaukasischer

COGNAC

naturrein, übertrifft viele Sorten französischer Herkunft.

10—5

Eine deutsche Bonne

mit Empfehlung und guter Aussprache wird gesucht Bebutowskaja-Straße Nr. 15. Konstantin Sarkisjow.

Michael Strasse № 88

gegenüber der Deutschen Kirche ist seit Anfang September ein neues Verkaufs-Magazin der

Baron von Kutzschenbach'schen landwirtschaftlichen Produkte von Butter, Käse, Honig, Zworog etc etc eröffnet.

Gottlieb Schaad, Buchhandlung, Prischib, Post Halbstadt, Gow. Taurien.

Soeben erschien in meinem Verlage:

Molotchnaer Volkskalender 1907.

Der Kalender enthält unter anderem eine Erzählung von Dr. H. Schozky und zwei Erzählungen von G. Schriill (Pastor S. Keller), sowie die Geschichte der Kirchspiele Grunau und Ludwigstal (Marinopoler Kreis) mit 4 Bildern.

Preis 20 Kop., mit Porto 26 Kop. Wiederverkäufern Rabatt.

Die Buchhandlung hält stets vorrätig und verkauft zu reellen billigsten Preisen:

Schulbücher, deutsche und russische, Handbücher für Lehrer, Liederbücher, Gesang-, Gebet- und Predigtbücher, Bibeln und Testamente mit Illustrationen und ohne, Klassiker, Romane, Erzählungen, Volks- und Jugendschriften, Bilderbücher, Weihnachtbildchen, Traktate, Weihnachtsskripen, Leuchtkreuze, Ansichtspostkarten, Weihnachts-, Neujahrs- und Gratulationspostkarten, etc. etc.

Ausführlicher Lagerkatalog auf Verlangen kostenlos.

Адресъ: Книжный магазинъ Г. Г. Шаадъ, Гальбштатъ, Таврич губ.

3—1